

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



Melden sich zu Wort: Schauspielerin Eva Herzig
und Jurist Friedemann Willemer © Seiten 12/13 und 14/15 Fotos: DW/Commons

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 123, Samstag, 25. Februar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: **1 Euro für den Verteiler** & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX
Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Zeitenwende



DREI JAHRE VORAN | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!

Wir sind der Neuanfang! Die Demokratiebewegung heißt heute Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer bei uns in Berlin willkommen!

Die Demokratiebewegung entfaltet sich bundesweit seit drei Jahren gegen die Corona-Lüge, den Spritzenterror, die Unterdrückung und die neue Kriegstreiberei. Drei Jahre neue deutsche Demokratiebewegung seit 28. März 2020 haben nicht nur die größte Erhebung aus dem Volk aller

Jahrhunderte hervorgebracht. Wir stehen seit drei Jahren ein für Grundgesetz (Seite 16), Menschenrecht und Nürnberger Kodex – mit allen, die reinen Herzens sind!

**KRIEG – JA ODER NEIN?
STIMMEN WIR SELBER AB!**

Und heute, Samstag, 25. Februar 2023 in Berlin, stehen wir zusammen ab 14 Uhr am Brandenburger Tor: Für den Friedensschluss mit Russland, für das Ende von einseitiger Propaganda – und für die Verfassungserneuerung durch uns, aus dem

Volk selbst! Angesichts des Zusammenkrachens des alten Herrschaftssystems im Spritzen-Okkultismus und der neuen Waffenschieberei: Wir wagen stattdessen mehr Demokratie und wollen von Beginn an Volksabstimmungen in allen grundlegenden Angelegenheiten! Corona-Regime, ja oder nein? Kriegskredite, ja oder nein? Waffen schieben, ja oder nein? »Einen Krieg gegen Russland kämpfen« (Annalena Bärbock, Bündnisgrüne) – ja oder nein?

Wir stimmen ab, legen fest und setzen durch! Demokraten sind sich sicher: Nach

reiflicher Diskussion stimmt kein Volk der Welt für Krieg und Unterdrückung. Umso entscheidender ist für unseren demokratischen Aufbruch die freie Presse. Weil das Internet steuerbar und auch nachträglich zensierbar ist, steht das GEDRUCKTE WORT unerschütterlich. Hier, in der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*!

»Schweigen kommt für mich nicht infrage«, Eva Herzig im INTERVIEW © Seite 14

**16 TSCHÜSS, PROPAGANDA!
Diese Wochenzeitung
gibts im ABO!**

**5 RUFMORD
Rechtsanwalt Pankalla zur
systematischen Verleumdung
von Regierungskritikern**

**11 NÄCHSTE SPRITZE?
Nun drohen WHO und NATO
Äquatorialguinea mit dem
»Marburgvirus«**

IM TERRORKNAST

Der Bürgerrechtler Michael Ballweg wird seit 29. Juni 2022 in Stuttgart-Stammheim festgehalten. Der Grund: Er ist Demokrat im Widerstand gegen den Corona-Lügenterror.

Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6



NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW123

- Zeitenwende, Seite 1
- Preisträger der Republik: »München steht auf«, Seite 2
- Dr. Köhne zum Thema Macht, Seite 2
- Vernichten Behörden Beweise für Impfschäden?, Seite 3
- Dr. Brandenburg: Krankenhaussystem macht krank, Seite 4
- Weekly Wahnsinn von Nadine Strotmann, Seite 5
- Anwalt Pankalla über Rufmord an Kritikern, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Rückblick auf die Megademo in München, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Christen im Widerstand, Seite 7
- Jebesen & Lenz: Bestandsaufnahme, Seite 8
- Interview mit Ilse Ziegler: Keine Maske, Knast!, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Nach Sicherheitskonferenz: Nato bläst zum Angriff, Seite 9
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Armut als Herrschaftsmittel, Seite 10
- Kommt die nächste Pandemie?, Seite 11
- Ufos: Angriff aus dem All?, Seite 11
- Anselm Lenz im Dialog mit Jurist Friedemann Willemer, Seiten 12, 13
- Das Letzte von Anselm Lenz, Seite 13
- Interview mit Schauspielerin Eva Herzig, Seiten 14, 15
- DW-Buchliste, Seite 15
- Sport mit Weltmeister Thomas Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 123. Ausgabe ab Samstag, 25. Februar 2023. | Redaktionsschluss war am 23. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung. Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmanier, Doro Neidel, Torsten Wetzels, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **[UFP]** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, UST-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT:** QNTODEB2XXX.

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie

Gipfel-
stürmer

Der Preis der Republik
geht an »München steht auf«.
LAUDATIO von Batseba N'Diaye

Foto: DW/Georgi Belickin

Seit dem 28. März 2020 demonstrieren überall in Deutschland die Menschen gegen Lügen und Krieg. In München zunächst das Bündnis für Grundrechte »Nicht ohne uns«, dann unter dem Namen »München steht auf«. Nun haben die bayerischen Demokraten mit ihrer Großdemonstration zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz einen neuen Startpunkt für ein Ende des Regimes gesetzt. Und klar gemacht: Ohne uns Demokraten geht hier nichts.

In Bayern ticken die Uhren immer etwas anders. Während ganz Deutschland im Impfzwangswinter 2021/22 am Montag auf die Straße gingen, war es in München der Mittwoch. Aus Gründen der Tradition, denn dort hatte »München steht auf« seinen regelmäßigen Termin, den es auch schon gegeben hatte, als der neue unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) noch nicht ausgerufen hatte, dass er keine roten Linien mehr kenne. Deshalb wurde nun regelmäßig mittwochs die städtische

Shopping-Meile gesperrt, weil jede Woche Tausende Demokraten für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung durch die Straßen zogen und immer noch ziehen.

Und das mit Erfolg: Im Frühjahr 2022 errang die Demokratiebewegung mit der Abwehr des Impfzwanges einen großen Sieg. Und stand gleich weiter in dem bestehenden breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen die Nato-Aufrüstungspolitik ein. Seit Februar 2022 haben jeden Tag, in jeder Stadt Demonstrationen für Frieden, Freiheit und Demokratie stattgefunden (Seite 6).

»München steht auf« mit Alexandra, Dennis, Melchior, Benny, Schorsch, Olli, Angela und vielen weiteren Demokraten hat das am vergangenen Samstag mit der Mega-Demonstration mit rund 20.000 Teilnehmern unmissverständlich klar gemacht: Wir werden nicht weichen. Wir sind die Opposition.

Für die Ausdauer, die Redlichkeit, das Rückgrat und das konsequente Einstehen für Grundrechte, Demokratie und Frieden gebührt »München steht auf« unser Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN »MÜNCHEN STEHT AUF« DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebesen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain

Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmanier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank.

Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Möchten Sie, dass wir weitermachen und können Sie das unterstützen? Es folgt unsere Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28
BIC: QNTODEB2XXX
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

•••••
: DEMOKRATISCHER WIDERSTAND . DE :
•••••

Thema Macht

EINWURF von Werner Köhne

Es ist zuweilen ein Gerangel um Worte, die plötzlich wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Eines davon ist geradezu ein Klassiker: die Macht. Geht man traditionellen Definitionen nach, so beschleicht einen das Gefühl, dass in ihnen ausgespart bleibt, welche Rolle Macht heute spielt.

Für den Soziologen Max Weber war Macht wirksam innerhalb einer sozialen Beziehung in welcher der eigene Wille sich gegen das Widerstreben anderer durchsetzt. Der englische Aufklärer David Hume näherte sich dem Wesen der Macht durch eine einfache Beobachtung: Nichts an den menschlichen Verhältnissen lasse ihn so fassungslos zurück wie der Umstand, dass sich die vielen von den wenigen beherrschen lassen.

Allem Gerede um eine demokratische Indienstnahme einer Macht auf Zeit zum Trotz liefert die amerikanische Autorin Naomi Wolf Zündstoff in der laufenden Dabatte mit dieser recht deprimierenden These: »It's human nature to abuse power – no matter who you are.« (Es gehört zur menschlichen Natur, Macht zu missbrauchen, wer immer du auch bist.)

INTENSITÄTEN DES LEBENS

Eine fast archaisch anmutende Definition, die aber von erstaunlicher Aktualität ist, liefert der Philosoph Elias Canetti. Er greift auf ein Urgeschehen in der frühen Menschheitsgeschichte zurück, dem Überlebenskampf der Primaten gegeneinander. Das verleitet ihn zu dieser These: Der Augenblick des Überlebens ist der Augenblick der Macht.

Pures Überleben: Führt uns das nicht in die Matrix des aktuellen Corona-Wahns? Darin mutiert ja Macht in eine Lebensführungs-diktatur, die den menschlichen Körper kolonialisiert, Gelassenheit verhindert, krude Eliten formt und die meisten in Ohnmacht hält. Dieser Einübung in falsches Leben wollte Friedrich Nietzsche entgegentreten.

Der vielleicht tiefgründigste Philosoph der Moderne spricht zwar vom Prinzip »Willen zur Macht«, der alles Sein durchherrsche – aber er versteht darunter eine Kraft, die ohne Ideologie, ohne finale Versprechen und vor allem ohne Moral sich zu den Intensitäten des Lebens bekennt

(»amor fati«). Das schließt die menschliche Gabe für Sinn und Glück ein. Hat Nietzsche da nicht recht?

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112



VERNICHTEN DIE BEHÖRDEN BEWEISE FÜR IMPFSCHÄDEN?

Interview mit **Mattias Schulz**, dessen Vater nach der vierten Spritze verstarb. | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Schulz, könnten Sie sich den Lesern bitte einmal vorstellen.

Mattias Schulz: Ich bin KfZ-Meister und Unternehmer in Plön, in Schleswig-Holstein. Hier betreibe ich seit über 20 Jahren eine Autoreparaturwerkstatt.

DW: Ihr Vater hat sich Spritzen gegen Corona geben lassen. Wie ist das abgelaufen?

M.S.: Mein Vater war Mitte 80 und fit wie ein Turnschuh, also mobil und redege wandt. Er hätte einem Eskimo einen Kühl schrank verkaufen können. Nach den ersten beiden Impfungen hat sich seine Persön lichkeit verändert, er hatte keine Lust mehr zu reden und wurde tüdelig. Dass man in dem Alter nachlässt, ist klar, aber dass er in so kurzer Zeit in einem solchen Umfang abgebaut hat, das hat mich stutzig gemacht. Aber er konnte noch Autofahren und war noch ganz okay drauf.

DW: Und nach der dritten Dosis?

M.S.: Da hat er Taumelgefühle bekom men, Gleichgewichtsstörungen, mehr als 50 Meter konnte er nicht mehr gehen. Das hat sich dann über drei Monate eingepen delt. Innerhalb von zwei Tagen nach der vierten Impfung, die er aus einem Pflichtge fühl heraus gemacht hat, ist er zusammen gebrochen und musste ins Krankenhaus. Dort wurden starke Thrombosen festge stellt, sodass seine untere Körperhälfte nicht mehr richtig mit Blut versorgt wurde, mit Wasser voll lief. Außerdem hatte er in seinem Schädel großen Druck. Als dort ein Schnitt gesetzt wurde, kam eine teerartige Flüssigkeit heraus. Er ist dann verstorben.

DW: Warum gehen Sie davon aus, dass dieser gesundheitliche Abbau und der Tod mit den Spritzen zu tun hat?

M.S.: Das ist einmal der zeitliche Zusam menhang und außerdem sind Nervener krankungen und Thrombosen als Neben wirkungen der Impfung bekannt. Damit das nicht unter den Teppich fällt und unter sucht wird, habe ich noch am Todestag

meines Vaters, dem 20. Januar 2023, eine Strafanzeige gegen die Impfstoffhersteller und die Verantwortlichen der Impfkampa gne gestellt, damit es zu einer Obduktion kommt und die Schäden für ein Verfahren ordentlich dokumentiert werden.

DW: Wie lief das ab?

M.S.: Am Freitagabend, 20. Januar 2023, habe ich die Anzeige bei der Staatsanwalt schaft gestellt, am Montag darauf hat diese den Körpers meines Vaters aus dem Kran kenhaus abgeholt, in die Gerichtsmedizin Kiel gebracht und unter Verschluss genommen. Auch der behandelnde Arzt hat eine Anzei ge auf vorzeitiges Ableben durch Fremdein wirkung gestellt. Die Staatsanwaltschaft sagte mir, dass nun durch sie und das Gericht eine Obduktion durchgeführt werden würde.

DW: Und dann?

M.S.: Ein paar Tage später bekam ich einen Anruf von einer Behörde in Kiel. Am Tele fon wurde mir gesagt, dass ich 10.000 Euro bekommen würde und die Erstattung der Beerdigungskosten, wenn ich die Anzeige zurückziehe.

DW: Haben Sie angenommen?

M.S.: Ich habe denen gesagt, dass es Leute gibt, die für 10.000 Euro einen Hund kau fen und ob sie mir jetzt erzählen wollen, dass das Leben meines Vaters so viel wert ist wie ein Hund. Nein, solche Summen nehme ich nicht an.

DW: Was kam bei der Obduktion raus?

M.S.: Die fand nicht statt. Zwei Wochen sind nach Abholung des Leichnams ins Land gestrichen, ohne dass ich etwas hörte. Ich rief bei der Staatsanwaltschaft an, um nach dem Stand zu fragen. Dort wurde mir dann gesagt, dass er nicht obduziert worden sei. Das Gericht sehe *noch* keine Veranlas sung, eine Obduktion durchzuführen.

DW: Aber bei der Anzeige ging es doch genau darum, eine Obduktion



Demokratin: Der Spritzenmord ist ein Zivilisationsbruch. Fotos: Georgi Belickin

zu machen? Und sie war doch ange kündigt worden?

M.S.: Genau. Weil ich mir dachte, dass es für eine Obduktion irgendwann auch zu spät sein könnte, habe ich herumtelefoniert. Sowohl das gerichtsmedizinische Institut in Kiel, wo mein Vater lag, als auch zwei weite re pathologische Institute in Kiel sagten mir nach einigen Tagen ab. Man würde das nicht machen. Und das, obwohl ich die Obdukti on selber bezahlt hätte. Erfolg hatte ich dann erst im Institut in Hamburg-Eppendorf. Dort sagte man mir, dass der Leichnam schnellst möglich nach Hamburg kommen müsse.

DW: Wann wurde der Leichnam dann endlich obduziert?

M.S.: Dreieinhalb Wochen nach dem Tod. Es war außerordentlich bürokratisch, um den Leichnam nach Hamburg überführen zu kön nen. Der Pathologe in Hamburg sagte mir, dass es schon fast zu spät sei, um eine ver nünftige Aussage treffen zu können. Nach der Obduktion sagten sie mir, dass der Leichnam in Kiel auch bereits bearbeitet worden sei, um ihn für eine kirchliche Beerdigung fertig zu machen. Dabei war klar eine Urnenbestat tung geplant. Dieser Arbeitsschritt war unnö tig. Und er hat es laut Pathologen in Hamburg immens erschwert, noch zu Ergebnissen zu kommen. So sollen die Thrombosen und auch die teerartige Flüssigkeit verschwunden sein.

DW: Warum wurde dieser seltsame Schritt unternommen?

M.S.: Die Gerichtsmedizin in Kiel sagte mir, dass sie das auf Betreiben der Staatsanwalt schaft gemacht habe.

DW: Also, man bietet Ihnen Geld an, damit Sie die Anzeige zurücknehmen. Nachdem Sie das ablehnen, vernich ten die Behörden die Beweise?

M.S.: Der Pathologe in Hamburg sagte mir, dass es nun sehr schwierig sei, eindeutig einen Zusammenhang zwischen Impfung und Tod herzustellen. Einmal wegen der ver strichenen Zeit und dann wegen der Bearbei tung in der Gerichtsmedizin. Dieser eindeu tige Zusammenhang ist aber notwendig, um Schadenersatz geltend machen zu können.

DW: Wie geht es jetzt weiter?

M.S.: Ich muss jetzt erst einmal auf den Befund der Pathologie warten. Und dann werde ich wohl Anzeige gegen die Staatsan waltschaft stellen.

DW: Herr Schulz, ich danke Ihnen für das Gespräch.

MELDUNG

NEUE PANDEMIE DURCH INSEKTENVERZEHR?

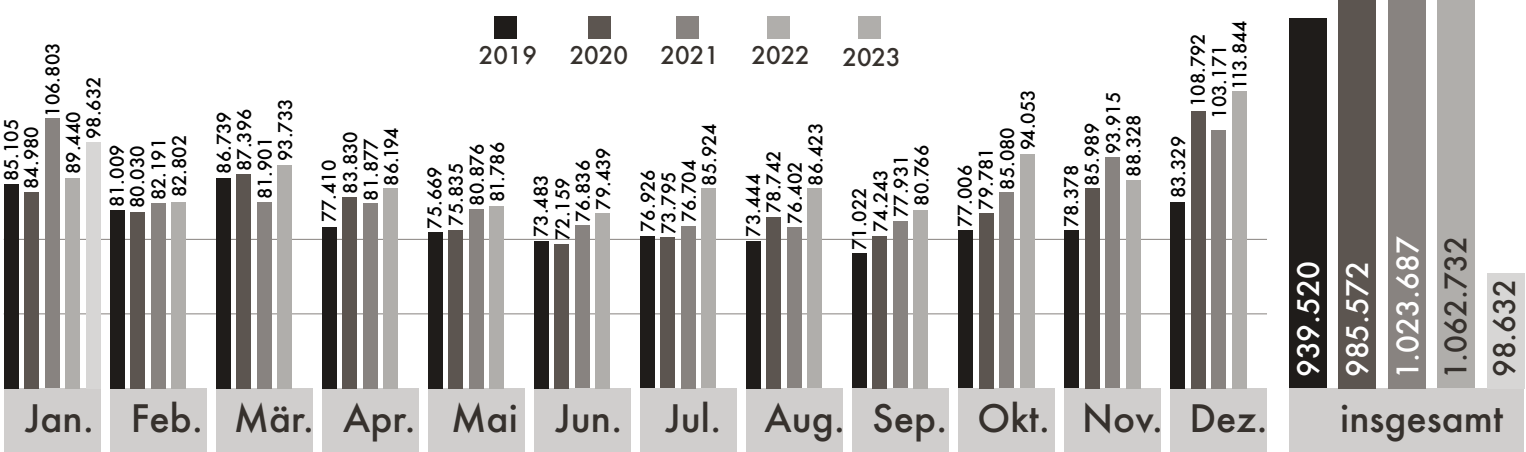
Stuttgart/DW. Grillen und Käfer auf dem Teller? Keine gute Idee! Die kritischen Stimmen mehrten sich. So warnt die Tier rechtsorganisation *PETA*, dass Insekten bei Massenhaltung »genauso wie andere Tiere besonders anfällig für Krankheiten und den Befall durch Viren, Bakterien, Pilzen [...]« seien, was ein Zoonose- und damit Pandemierisiko birgt, »nicht zuletzt, da Insekten als sogenannte Vek toren fungieren – sprich lebende Orga nismen, die Krankheitserreger auf ande re Tiere und den Menschen übertragen können.« (kmü)

MIT MIDALOZAM ZU TODE »GESCHÜTZT«

Berlin/DW. Die Verwendung von Beat mungsgeräten ist möglicherweise nicht der einzige Grund für die vom Regime beabsichtigte Herbeiführung von »Corona-Toten« im Jahr 2020 (»die Bilder, die wir gesehen haben«). Der überdosierte Einsatz des Betäubungs mittels Midalozam soll eine Rolle spie len, wie Daten des englischen Gesund heitssystems NHS nun belegen. Laut *achgut.com* deuten darauf die auffäl lig gesteigerten Sterberaten parallel zur Gabe von Midalozam im Frühjahr 2020 hin. Das Mittel war von den Regierun gen in großen Dosen eingekauft worden und brachte demnach im April 2020 korrelativ stark gesteigerte Sterberaten in Kliniken mit sich. (ale)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SAHRA WAGENKNECHT
ENTLARVT SPIEGEL-FRAMING

Berlin/DW. Einmal mehr ist das umstrittene Relotius-Blatt *Spiegel* negativ aufgefallen – mit einem üblen *Framing*. Ein Interview mit Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, in dem es um ihre Friedensdemo (25.2.) geht, hat das Zitat »Jeder ist willkommen, der für Frieden demonstrieren möchte« als Überschrift. Passte den Autoren offenbar nicht, weshalb Sie die Zeile »Was, wenn Rechtsextreme mit Ihnen protestieren?« davor setzten. Gut, dass Sahra Wagenknecht auf diese Art von »Journalismus« aufmerksam macht. Auf Ihrer *Facebook*seite bezog sie klar Stellung: »Auf unserer Kundgebung ist jeder willkommen, der ehrlichen Herzens für Frieden und für Verhandlungen demonstrieren möchte. Rechtsextreme Flaggen oder Symbole dagegen haben auf ihr nichts zu suchen und werden nicht geduldet [...] Viele Leute trauen sich gar nicht mehr, eine Kundgebung anzumelden, weil womöglich irgendein finsterner Geselle auf dem Platz auftauchen könnte. Mit dieser Debatte wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit untergraben.« Klare Worte, dazu *postete* sie noch den Hinweis: »Und was der *Spiegel* daraus macht.« (kmü)

SIE WOLLEN DEUTSCHEN TRAUM
VON AUTO UND EIGENHEIM NEHMEN

Lübeck/DW. Einen Vorwurf kann man den Grünen definitiv nicht machen: Dass sie mit versteckten Karten spielen. Wovon sie träumen, was sie planen, sagen sie uns offen ins Gesicht. Neuestes Beispiel: Katja Diehl, eine von der Bundesregierung preisgekrönte Mobilitätsexpertin, Klima- und Verkehrsaktivistin und laut eigener Aussage Beraterin von Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Herrmann (Grüne). Sie trat bei der Lübecker Ortsgruppe von *Fridays for Future* auf und sagte dort ganz unverblümt: »Wir nehmen den Deutschen den Traum vom eigenen Auto und vom Eigenheim.« Hinterher erklärte sie in *Bild*, der Satz sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Sie habe nur anregen wollen, »dass wir unsere Träume und Ziele kritisch hinterfragen«. (kmü)

DAS MAXIMUM – ABER NICHT FÜR DIE PATIENTEN

Das Krankenhaussystem macht krank. So ist es gewollt.
KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Wenige haben so viel Schaden an der Gesundheit der Bürger angerichtet wie Karl Lauterbach. Lange vor der erfundenen »Pandemie« und seiner Amtsübernahme als Minister hatte Lauterbach sich als Lobbyist der Industrie entlarvt: durch Profitausrichtung des deutschen Krankenhaussystems. Die Folgen dürften die medizinische Versorgung im Lande immer weiter verschlechtern – und den Gewinn der Konzerne vergrößern.

Lauterbachs Tatwerkzeug trägt in diesem Fall den sperrigen Namen Fallpauschalensystem, kurz DRG, für das Englische *Diagnosis Related Groups*. Die DRG-Einführung vor vielen Jahren geht maßgeblich auf den Industrie-Lobbyisten Lauterbach selbst zurück. Als Minister behauptet er zwar derzeit, er wolle DRG zur Reform der Krankenhäuser wieder abschaffen, doch habe er »leider dafür keine Mehrheit in der Koalition«. Das DRG-System ist aus Sicht von Lauterbach und den Konzernen bereits ein voller Erfolg. Dank DRG sind eine Vielzahl von kleineren Krankenhäusern praktisch insolvent. Das dürfte zu einer Verringerung der Klinikbetten in ganz Deutschland führen. Eine solche Reduktion ist grundsätzlich sogar sinnvoll.

VERSORGUNG AUF
BÜRGERKRIEGSNIVEAU

Insgesamt gibt es seit langer Zeit zu viele solcher Betten. Diese Überkapazität findet sich aber vor allem in großen Städten und Ballungsgebieten. Auf dem Land fehlen seit vielen Jahren ganze Kliniken. Die durch das lauterbachsche Fallpauschalensystem erzeugte Reduktion dürfe das Versorgungsproblem daher verschärfen. So ist es wohl auch gewollt, denn dieser Abbau durch die wirtschaftliche Zerstörung kleiner Krankenhäuser erspart einer mutlosen Politik unpopuläre Schließungsvorgaben. Sie fördert zudem das Geschäft der großen Konzerne. Die werden dank ihrer Reserven das Konkurrentensterben überleben und die verbleibenden Betten zur Gewinnmaximierung immer weiter an immer weniger Orten konzentrieren.



Demokraten in München machen die Sache klar.
Foto: Georgi Belickin

Der Behandlungsqualität schadet DRG ebenfalls. Denn der Kostendruck auf die Kliniken hat zwei Dinge bewirkt:

1. Umsatzsteigerung (bedeutet Fallsteigerung) ohne Rücksicht auf die Patientengesundheit. Im Ergebnis hält Deutschland diverse Negativrekorde an ungerechtfertigten aber lukrativen Behandlungen.
2. Kontinuierliche Reduktion des größten Kostenfaktors: des medizinischen Personals. Bei der Pflege ist mittlerweile eine Unterbesetzung erreicht, die Leben gefährdet. Selbst auf den Intensivstationen der Klinikmarktführer sind Betreuungsverhältnisse von Pfleger zu Patient von eins zu sechs zu beobachten. Das ist Bürgerkriegsniveau. Standard in der Schweiz ist eins zu zwei.

Beide Tatsachen haben zu steigendem Druck durch die Öffentlichkeit geführt. Dem begegnet die Politik mit der Ankündigung, medizinische Qualität zum Bezahlfaktor zu machen, zuletzt mit der Parole *Pay-for-Performance* (Geld-gegen-Leistung). Echte medizinische Qualität kann in einem System erwünschter Verdrängungskämpfe unmöglich Faktor der Klinikwirtschaft sein. Egal wie sorgfältig er durchgeführt wird, ein überflüssiger Eingriff bedeutet automatisch schlechte Qualität. Und egal wie standardisiert Arbeitsanweisungen abgefasst werden: Bei personeller Unterbesetzung ist der Patient zwingend unterversorgt.

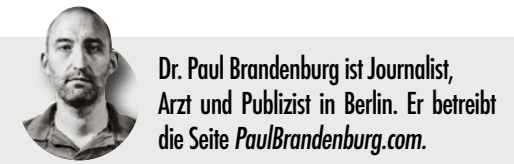
EIN POTEMKINSCHES
DORF AUS STANDARDS

Es ist anzunehmen, dass durch die Einführung anderer, nur scheinbarer Qualitätsparameter vom tatsächlichen Problem abgelenkt werden soll. Dieser Weg ist zumindest bisher politisch vorgegeben. Er hat in der Wahrnehmung von Ärzten und Pflegern den Begriff Qualität zur Qual werden lassen, beispielsweise in Gestalt des Qualitätsmanagement (QM)-Handbuches. In fast jeder Klinik gibt diesen einen Aktenordner. Hunderte Seiten, auf denen Mitarbeiter belehrt werden, wie alltägliche Prozesse abzulaufen haben, um angeblich höchsten Ansprüchen gerecht zu werden: Vom Handcremegebrauch bis zur Hirntoddiagnostik – im wesentlichen eine Sammlung von Selbstverständlichkeiten. Der mit ihrer Erstellung und Erhalt verbundene Aufwand ist umgekehrt proportional

zum Qualitätsgewinn für die klinische Arbeit. Ein potemkinsches Dorf aus Standards. Es zu erhalten, kostet täglich ohnehin zu knappe Patienten-Kontaktzeit. QM stellt sich im Klinikalltag daher vor allem als zusätzlicher Dokumentationsaufwand dar. In der Tradition deutscher Gesundheitspolitik ist davon auszugehen, dass jede zukünftige Form vorgeblicher Qualitätskriterien sich weiter am Interesse der Kaufleute orientiert – nicht an dem der Patienten. Die Etablierung von Personal- und Sachstrukturen zur Erhebung verlässlicher Parameter dürfte hohe Investitionen erfordern. Ob das langfristig auch zu einer Kosteneinsparung führt, ist unklar. Bisher jedenfalls sind wissenschaftlich etablierte Parameter der Behandlungsqualität nicht einmal im Gespräch (etwa Überlebensraten oder *Quality-of-Life-Indices*). Stattdessen werden ungeeignete Surrogate diskutiert (zum Beispiel »Infektionsraten«).

Wäre echter Qualitätsgewinn politisch gewollt, müsste eine Reihe gewinnmindernder Maßnahmen gegen Klinikkonzerne ergriffen werden. In erster Linie ein gesetzlicher Mindeststandard für das Zahlenverhältnis von klinischem Personal zu Patient. Ein solcher dürfte die aktuellen Personalausgaben der Krankenhäuser zumindest verdoppeln. Nur so wäre allerdings garantiert, dass ein unvermeidlicher Mehraufwand an Arbeit nicht das bestehende Problem der Personalüberlastung verschärft. Auch wäre bei echter Qualitätssteigerung mit einem Rückgang lukrativer Behandlungsprozeduren zu rechnen (»The secret of delivering medical care is to do as much nothing as possible«; Samuel Shem, House of God – übersetzt etwa: Das Geheimnis der medizinischen Versorgung ist, so viel wie möglich nichts zu tun).

Eine besondere *Crux* mit der Qualität im Medizingeschäft ist zudem, dass sie kaum als Marketinginstrument taugt. Ob sein Auto reparaturanfälliger ist als das einer anderen Marke, kann der Kunde beurteilen. Die tatsächliche Qualität einer Behandlung kann jedoch mit der subjektiven Bewertung des Patienten weit auseinanderfallen. Gute Medizin bedeutet letztlich immer nur, das Maximum an Lebensqualität für einen Patienten herauszuholen. Welches Maximum das sein kann, sieht der Patient naturgemäß oft anders als seine Ärzte. Auch aus diesem Grund sind Surrogatparameter wie OP-Mindestmengen für Politik und Konzerne attraktiver. Zu all dem kommt das Luxusproblem der Erfolgsgeschichte unserer Medizin: der steigende Anspruch an eine allzeitige Befindlichkeitsgarantie. In der Wahrnehmung zu vieler Menschen ist die Krankenversicherung zur *Flatrate* für das Wohlbefinden geworden, das Krankenhaus zu einem 24-Stunden-Servicebetrieb mit dem Dienstleister Arzt. Industrieagenten wie Karl Lauterbach werden wir das Handwerk auf Dauer nur legen können, wenn wir uns zuvor darüber einig werden, welche Medizin wir uns als Gesellschaft leisten wollen.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite PaulBrandenburg.com.



ZITAT DER
WOCHE

»In der Corona-Krise will man um jeden Preis Leben retten und opfert dafür die Freiheit.
Im Ukraine-Krieg will man um jeden Preis die Freiheit retten und opfert dafür Leben.
In beiden Krisen gilt als moralisches Verhalten,
Andersdenkenden die Moral abzusprechen.«

Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin

Alle flogen übers Kuckucksnest

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick
Von Nadine Strotmann

Vielleicht ist es das Wetter, der lange Winter, die vielen tristen Abende, die ersten körperlichen Gebrechen, die Einsamkeit – ich kann und will den politischen Müll momentan nicht sehen. Kennen Sie das?

Ein Blick in den Nachrichtendienst *Twitter*, welche Meldungen den Tag bestimmen – und ich bin so müde, dass ich sofort wieder ins Bett kriechen möchte. Natürlich bereite ich wie immer meine Kolumne vor, indem ich alle wichtigen Themen beobachte, recherchiere und sie für mich bewerte – mal lustig, mal böse. Doch heute ist alles anders: Ich will nicht über dämliche Debatten schreiben, es beleidigt meinen Geist, meine Eltern, die mich wohl erzogen und mit Wissen und Können ausstaffierten, es beleidigt Sie, meine verehrten Leser, dass wir uns mit Lanz und Co. und jeglicher Propaganda heute auseinandersetzen. Vielleicht brauche ich auch nur mal eine Pause. Eine Denkpause.

ES MUSS UNS EGAL SEIN,
WAS SIE ÜBER UNS SAGEN

Tief im Innern wissen wir doch alle, dass schon lange bei uns und in der restlichen westlichen Welt etwas schief läuft. In der Vergangenheit wurden die Reichen immer reicher, die Armen ärmer, der Mittelstand – Garant für Demokratie und Wohlstand – immer kleiner. Er wurde und wird sukzessiv ausgelöscht. Von wem? Von entgleitenen Regierungen, die sich immer mehr dem Diktat großer Konzerne unterwerfen, die sich von den Clubs der Superreichen schulen lassen, um dann als willfähige Handlanger Unrecht gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen. Die inszenierte Corona-Erzählung, der provozierte Krieg in der Ukraine, die aufkeimende und sich entfachende Klima-Panikmache dienen und dienen als Brandbeschleuniger, unsere Freiheit scheibchenweise aufzulösen und uns in totalitäre Strukturen zu überführen. Jeder, der aufmuckt, wird gestutzt, medial zerrissen und an den gesellschaftlichen Pranger



Diese drei Demokraten setzen sich ein für: Frieden, Frieden, Frieden! Foto: Georgi Belickin

gestellt. Wissen Sie was? Das muss uns egal sein. Es muss uns egal sein, von welcher Seite eine zarte menschliche Regung oder ein trotziges Aufbegehren gegen diesen Wahnsinn kommt. Es muss uns egal sein, ob wir als Rechte, Linke, Reichsbürger oder sonst was gelten – wer betitelt uns denn überhaupt als solche? Die Verkorksten und innerlich längst gestorbenen Schreiberlinge der Massenmedien? Irgendwelche Schulabrecher, die noch nie in ihrem Leben arbeiteten, um dann große Gelder in der Politik für Dummgeschwätz abzukassieren? Vielleicht brauche ich auch nur mal eine Pause. Eine Denkpause.

LASSEN SIE UNS
HÖHER FLIEGEN!

Wenn der Frühling wiederkehrt, lassen Sie uns gemeinsam feiern, was uns Menschen zusammenhält. Wenn die Sonne wieder scheint, die Vögel zwitschern, lassen Sie uns gemeinsam die Schönheit allen Seins entdecken. Wenn der Frühling wiederkehrt,

lassen Sie uns gemeinsam über das Kuckucksnest fliegen – höher als es sich jene jemals vorstellen können, die uns in ihrem Wahn gefangen hielten. – Es bleibt wahn-sinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.

Er ist's!

Frühling lässt sein blaues Band
Wieder flattern durch die Lüfte;
Süße, wohlbekannte Düfte
Streifen ahnungsvoll das Land.
Veilchen träumen schon,
Wollen balde kommen.
– Horch, von fern ein leiser Harfenton!
Frühling, ja du bist's!
Dich hab ich vernommen!
Eduard Mörike (1804 – 1875)



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Rufmord an Kritikern – Der »Mann mit dem Koffer«

Immer wieder wird versucht, Menschen, die sich gegen die überzogenen Corona-Maßnahmen eingesetzt haben, in der Öffentlichkeit bloßzustellen. Falsche Verdächtigungen und Behauptungen werden gemacht, ohne mit den Betroffenen überhaupt gesprochen zu haben. | KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Artur Helios, der »Mann mit dem Koffer«, meldet sich bei mir: »Ich brauche rechtliche Hilfe, diese schlimmen Vorwürfe gehen zu weit – das kann man einfach nicht mehr stehen lassen, was nun wieder über mich erzählt wird. Mir reicht es!« Artur beauftragt mich mit Unterlassungserklärungen.

»Beliebte« Vorwürfe sind: »Nazi, Nazi, rechts, rechts« oder auch »Coronaleugner«. Sich stattdessen inhaltlich mit den Menschen auseinandersetzen? Nein, das wollte man nicht, wohl auch weil die Argumente fehlten. Und schließlich ist es einfacher, über Menschen zu reden als mit ihnen. Das gleiche Vorgehen sehen wir nun auch bei Personen, die sich für den Frieden einsetzen und Verhandlungen mit Russland fordern. So sieht der Chefredakteur von *t-online* auch Sarah Wagenknecht bereits als rechts an – eine wirre Verdrehung der Tatsachen. Die Kommentare der Leser sprechen ein klares Bild: Was für ein Unsinn hier verbreitet wird.

MERKWÜRDIGES RECHTS-
UND MEDIENVERSTÄNDNIS

So erging es nun auch Artur Helios, dem »Mann mit dem Koffer«. Helios, der sich gegen die Corona-Maßnahmen im Ruhrgebiet eingesetzt hatte, wurde unterstellt, dass er wegen Volksverhetzung verurteilt sei. Obwohl er viel eigenes Geld investiert hatte, zum Beispiel für Bühnen, wurde über ihn nur negativ berichtet bis hin zu diesen falschen rechtlichen Vorwürfen. Es kam keinerlei Dank, dass sich ein Mensch für den Erhalt der Grundrechte einsetzte. Warum eigentlich nicht? Ist der Einsatz für das

Recht so schlimm, dass man denkt, man müsse auf diesen mutigen Menschen auch noch mit dem Finger zeigen, wie Nikolaus Blome von *RTL* meinte?

Ein merkwürdiges Rechtsverständnis und ein merkwürdiger Umgang mit Personen, die lediglich von ihren Grundrechten Gebrauch machen wollten, meine ich als Jurist. Mir ging es übrigens nicht anders: Als ich mich kritisch äußerte, bekam ich ein Schreiben der Kölner Anwaltskammer auf den Tisch. Alles haltlose Vorwürfe und dies von Juristen, die es doch eigentlich hätten besser wissen müssen. Drei unsinnige Verfahren hatte ich zu überstehen, teilweise mit absolut haltlosen Vorwürfen.

FALSCHER VORWURF BEI
YOUTUBE UND IN DER ZEITUNG

So wurde nun auch von einem Ratsmitglied der Stadt Dortmund behauptet, dass Artur Helios wegen Volksverhetzung verurteilt sei. Diese Behauptung ist falsch und diente nur dem Zweck, Helios in der Öffentlichkeit wieder schlecht zu machen. Dieser hatte in seiner Rede vor der Westfalenhalle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er bis heute nicht rechtskräftig verurteilt ist, auch nicht wegen des angeblichen Zeigens eines Hitlergrußes – dies ist übrigens ein völlig anderer rechtlicher Tatbestand (vgl. § 86 a StGB) als eine Volksverhetzung. Gegen das Urteil des Amtsgerichts wegen des angeblichen Hitlergrußes (mit dem linken Arm) ist Artur Helios in die Berufung gegangen – eine rechtskräftige Verurteilung liegt also nicht vor. Ziel war offenbar ausschließlich die Denunzierung meines Mandanten im

Sinne des § 187 StGB. Der bekannte Friedensforscher Daniele Ganser ist auf Deutschland-Tour. Auch in Dortmund wollte er sprechen, in der Westfalenhalle, dies wurde ihm von der Stadt allerdings untersagt. Sind wir schon wieder an dem Punkt, an dem Menschen in Deutschland nicht ihre Meinung sagen dürfen, wenn diese vom öffentlichem Narrativ abweicht? Offensichtlich ja! Ich halte dies für eine sehr bedenkliche Entwicklung, wie man mit Kritikern umgeht und diesen mit Hinweis auf das Hausrecht sogar das Wort verbietet. Darf in Dortmund also nur noch das gesagt werden, was die Politik für richtig hält? Ansonsten wird man ausgesperrt? Eine Demokratie ohne Diskussion ist in meinen Augen keine Demokratie mehr, sondern ein Ideologiestaat.

WARUM STAND DER »MANN MIT DEM KOFFER«
VOR DER WESTFALENHALLE?

Genau dies brachte auch den »Mann mit dem Koffer« wieder auf die Palme und er hielt eine Rede – draußen vor der Westfalenhalle. Drinnen tagte der Rat der Stadt und ein Ratsmitglied ließ es sich dann auch nicht nehmen, falsche Verdächtigungen auszusprechen. Die Ratssitzung wurde auch auf *YouTube* übertragen: Die Unterstellung, Helios sei wegen Volksverhetzung verurteilt, war also für jedermann öffentlich zu sehen. Ferner schreiben dann auch noch die *Ruhr Nachrichten* darüber, dass Helios ein Volksverhetzer sei. Immer dasselbe Muster: Personen mit falschen Unterstellungen angreifen, um sich inhaltlich nicht mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. Die *Ruhr Nachrichten* und deren Redakteur haben nun eine halbherzige sogenannte

modifizierte Unterlassungserklärung abgegeben – da bleiben wir auf jeden Fall dran, notfalls gerichtlich. Der Bürgermeister der Stadt Dortmund reagierte dagegen in einer vernünftigen Art und Weise und ließ die Unterstellung aus dem Video heraus schneiden. Das Ratsmitglied, das die falschen Vorwürfe äußerte, hat sich bis heute nicht gemeldet. Auch dieser Fall wird wohl vor Gericht enden. Fortsetzung folgt!




Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND

NICHTOHNEUNS.DE

Am 25. März 2023, 15 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz:
Drei Jahre Demokratiebewegung!



Leuchtturm
ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburg. Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 RBB StudioMasurenallee
BUXTEHUDE: Montag ab 19 • Buxtehuder Tagblatt • Am Markt
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DORNBURN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KEMPTEN: Montag 17.30 • BR Rundfunk • Hildegardplatz
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
LANDSHUT: Donnerstag 16.30 • BR Studio • Altstadt 75
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNSTER: Montag 16.30 • WDR Rundfunk • Mondstr. 144
NÜ-FEUCHT: Montag 18.45 • Demozug • Altdorfer Str.
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 150 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
STARNBERG: Montag ab 18 • SZ Lokalredaktion • Kirchplatz
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb. Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag ab 18 • Südkurier • Hofstatt
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Martplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 25.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.2.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Alt-Friedrichsfelde 82	Autokorso
Sa, 25.2.2023 14-19 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	AUFSTAND FÜR DEN FRIEDEN
Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.2.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.2.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Shadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.2.2023 11-18 Uhr	Frankfurt Oder, am Rathaus	Großdemo
Sa, 25.2.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 25.2.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 25.2.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 25.2.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 25.2.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.2.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausumplatz	Spaziergang
Sa, 26.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
Sa, 26.2.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 27.2.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee, am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 27.2.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graff	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 27.2.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlenort	Demo
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Rothenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 27.2.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.2.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 27.2.2023 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 27.2.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 27.2.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 28.2.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 28.2.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 28.2.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 28.2.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 28.2.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 1.3.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 1.3.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 1.3.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 1.3.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 1.3.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 1.3.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 1.3.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 1.3.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 1.3.2023 19-20:30 Uhr	Schulzenhof, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 2.3.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 2.3.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 2.3.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 2.3.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großaueheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 2.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 2.3.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 2.3.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 2.3.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 3.3.2023 18-20 Uhr	Raestfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 4.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.3.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 4.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.3.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 4.3.2023 14-17 Uhr	Freiburg, Platz der alten Synagoge	Demo und Aufzug
Sa, 4.3.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 4.3.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.3.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 4.3.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 5.3.2023 14:30-17 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demoaufzug
Mi, 8.3.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 18.3.2023 14-19 Uhr	Berlin, Hermannplatz	FRIEDENSDÉMO
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	JUBILÄUMSDÉMO
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofplatz	Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN



HEIMWEH

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Ein Kommentar über politische Neutralität und Heimatschutz von Anonym

Kürzlich wurde ich auf die Coronakampagne von *Osthessen News* aufmerksam. Unter dem geistreichen medialen Leitsatz »Mit diesem Pieksschütze ich meine Heimat« wird hier – offenbar unter Federführung von Herrn Mark Weinmeister – Werbung gemacht.

Unterstützt wird die »Kampagne« (übri-gens ein militärischer Begriff) durch *Osthessen News*, Landkreis Fulda, Klinikum Fulda, Deutsches Rotes Kreuz, Stadt Fulda, Gesundheitsnetz Osthes-sen, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Impfzentrum Vogelsberg GmbH und Klinikum Bad Hersfeld. In welcher Höhe hierfür öffentliche Gelder ver(sch)wen-det werden, wird nicht erwähnt. An die-ser »Kampagne« stößt nicht nur der militärisch geprägte Begriff sauer auf. Eine Unmenge weiterer Aspekte sind bestenfalls fragwürdig, schlimmsten-falls straf- und/oder disziplinarrechtlich relevant.

Ganz besonders bedenklich ist für mich persönlich allerdings die fehlerhaf-te Aufklärung im Zusammenhang mit letztendlich illegal bedingt zugelasse-nen medizinischen Produkten, den soge-nannten Covid19-Impfstoffen. Diese Vorgehensweise von offiziellen Stellen und Staatsdienern wie Herrn Weinmei-ster oder Herrn Beuth unter ausdrück-licher Bezugnahme auf ihr öffentliches Amt rechtfertigt leider durchaus, den Begriff »Kampagne« zu verwenden.

In Anbetracht der geltenden Regeln in Bezug auf die Zulassung medizinischer Produkte und deren Bewerbung wäre der Begriff »Aufklärung« angebrachter gewesen als die Bezeichnung »Kampa-gne«. In diesem Zusammenhang sei dar-auf hingewiesen, dass eine »informier-te Einwilligung« zur Behandlung mit einem medizinischen Produkt zwingen-de Voraussetzung dafür ist, dass dieses angewendet werden darf.

Wer glaubt, Corona wäre vorbei, weil inzwischen die allermeisten staatlichen Maßnahmen weggefallen sind, wird sich noch umgucken. Die Aufarbeitung des Unrechts hat gerade erst begonnen. Wer meint, es ginge hierbei um Rache, irrt sich gewaltig.

Wir sind aufgestanden und haben erkannt, dass wir unsere freiheitlich demokratische Grundordnung vertei-digen müssen – nicht nur für unsere eigene Freiheit, sondern allen voran für die unserer Kinder und für alle, die uns nachfolgen.

Dieser Kommentar wurde für den DW sinnwährend bear-beitet und gekürzt. Auf www.echte-polizisten.de ist er in voller Länge abrufbar. Der Autor ist der Redaktion bekannt.

FÜR FRIEDEN, FREIHEIT, SELBSTBESTIMMUNG

Seit dem 28. März 2020 geht Deutschland spazieren



Großer Andrang: Auf dem Münchner Königsplatz herrschte dichtes Gedränge. München am 18. Februar 2023 Foto: Georgi Belickin



Die Megademo war ein voller Erfolg. Köpenick am 20. Februar 2022 Foto: Telegram



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/ verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



Friedlich zog der Demozug durch die Stadt. Fürstenfeldbruck am 20. Februar 2022 Foto: Telegram



Demokraten mit klarer Botschaft: Frieden! Jena am 20. Februar 2022 Foto: Telegram

MÜNCHEN

Die Megademo. Am 18. Februar 2023 kamen auf dem Münchner Königsplatz rund 20.000 Demokraten zusammen, um gegen die in einem Luxushotel tagende und von Maschinengewehren beschützte Münchner Sicherheitskonferenz und für ein Ende der Nato-Eskalationspolitik zu demonstrieren.

Das breite gesellschaftliche Bündnis war von der Demokratiebewegung initiiert worden (siehe München Steht Auf, Seite 2) und zog im Anschluss an eine Auftaktkundgebung durch die Stadt. Die Demokraten machten klar, dass weite Teile der Gesellschaft die Untergangssehnsucht der Nato-Parteien nicht teilen.

Neben der Großdemonstration fanden noch zwei kleinere Parteidemonstrationen statt, der DKP und der AfD, die ebenfalls für Friedensverhandlungen auf die Straße gingen, jedoch lieber ihr jeweils eigenes Süppchen kochen wollten. Am selben Tag wurde auch von Funktionären von Parteien und Konzernen eine Demonstration für Krieg und Zerstörung ausgerufen, die von einigen hundert, anscheinend bestochenen Claqueuren besucht wurde.



Die Ordner hatten viel zu tun. Erlangen am 2. Februar 2023 Foto: Telegram



Unsere rote Linie ist auch in München sichtbar. Saalfeld am 20. Februar 2022 Foto: Telegram



FÜR UNS IST SIE VERGANGENHEIT

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Für uns ist sie Vergangenheit,
die Schule, die es nicht ertrug,
dass unser Kind
die Maske und den Test ausschlug
und ihm aus diesem Grund
den Unterricht verwehrte,
das Gebot der Beschulung
so ins Gegenteil verkehrte.
»Du darfst hier nicht rein,
wir wollen dich nicht sehen,
denn auf der Coronaverordnung,
auf der müssen wir bestehen.«

Da saß unser Kind nun zu Hause,
den ganzen Tag,
wie in einer langen großen Pause.

Und so kam es,
dass wir uns aufmachten
und über die Zukunft unseres Kindes

selber nachdachten,
dass wir uns mit anderen vernetzten,
uns gemeinsam in die Lage versetzten,
eigenverantwortlich
das große Werk der Bildung
des Herzens und der Sinne zu betreiben.

Und wir bleiben,
das sei hier gesagt,
treu diesem Pfad,
auch wenn die Erfolge manchmal
bescheiden.

Denn was wir tun,
ist aufrecht und ehrlich,
die öffentliche Schule hingegen
ist längst entbehrlich.
Da ist nichts mehr zu retten,
legt sie doch die Gedanken
eines Kindes in Ketten
und formt den Verstand
nach dem allzu knapp bemessenen
Maßband
einer staatlichen Doktrin,
die Untertanen gebiert und solche,
die still und fügsam als kleine Rädchen
im großen Getriebe verschwinden.

Dies gilt es von jetzt an zu überwinden!

Wir kehren ihnen weiterhin den Rücken zu,
den Schulen,
die jetzt wieder um unsere Kinder buhlen.
»Masken und Tests sind doch
Vergangenheit«,
wird verkündet – doch die das sagen,
lächeln dabei allzu breit.

Wir kommen erst dann zurück, gebt acht,
wenn ihr, die ihr euch schuldig gemacht,
ernstlich bereit,
und dies zu bekennen
auch öffentlich nicht scheut.

Wenn ihr sagt, es tut uns von Herzen leid,
wie wir gehandelt haben
während der Coronazeit.

Und wenn ihr nie wieder dazu neigt,
euch hinter Paragraphen zu verstecken,
und ablegt den Habitus von
Staatsmarionetten.

Ein »Schwamm drüber«
wird es mit uns nicht geben.
Auch werdet ihr es nicht erleben,
dass wir euch ein »Weiter so« gestatten,
ein »Nach vorne schauen«,
ohne dass ihr um Verzeihung gebeten habt
mit tätiger Reue für die böse Tat.

Wollt ihr von jetzt an mutig sein,
Menschen mit Herz und Verstand,
die ihre Schutzbefohlenen tatsächlich
schützen?
Dann reichen wir euch die Hand.
Seid ihr zur Verteidigung
von Wahrheit und Menschlichkeit bereit?
Wenn es sein muss, auch gegen die Obrigkeit?
Wenn nicht, dann lasst das Werben sein
und bleibt für euch – wir sagen Nein!

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt
im Landkreis Schwäbisch Hall (youtube.com/c/Antipas1).



**BESTANDS-
AUFNAHME**
Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, demokratischer-widerstand.de) in der Bestandsaufnahme.

• **25. FEBRUAR 2023 AM BRANDENBURGER TOR MIT SAHRA WAGENKNECHT UND ALICE SCHWARZER.**

K.S.S.: Für den Frieden Werbung machen: Die beiden sagen es ganz klar, dass der Krieg beendet werden muss und dass wir das tun, was in einer zivilen Gesellschaft normal sein sollte: Miteinander reden, verhandeln. Das wird am Ende eines Krieges ja in jedem Fall gemacht. Ich finde den Aufruf von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht jedenfalls sehr sympathisch. Hat es Dich überrascht, Anselm, dass die beiden so eng miteinander sind, zumindest in dieser Frage?

A.L.: Mein langjähriger Kollege Hendrik Sodenkamp hat denen immer wieder angeboten, dass die Demokratiebewegung für sie geöffnet ist. Etwa: Kommt ihr denn auch zum dreijährigen Geburtstagsjubiläum der neuen Demokratiebewegung am 25. März 2023, 15 Uhr, auf den Rosa-Luxemburg-Platz? (Am Samstag vor dem 28. März; Red.) Jetzt endlich hat man unser Rufen erhört, man könnte auch sagen, »frau« unser Rufen erhört. Denn nun kommen sie schon einen Monat eher, am 25. Februar!

Aber das ist schon in Ordnung, wir kommen zum Jubeln für die Grandes Dames der Linken, die den Schuss im wahrsten Sinne des Wortes gehört haben. Ich mache mich hier nur in bewundernder Art lustig über wirklich verdiente Figuren des Sozialismus und des Feminismus in Deutschland. Es hätte alles etwas eher passieren können und mit mehr Verve, mit weniger »Distanzeritis« angesichts der Weltkriegsgefahr. Wir gehen bei der Demokratiebewegung davon aus, dass es wichtig ist, dass die Menschen für den Frieden kommen, wobei es vollkommen egal ist, was sie sonst noch an freien Gedanken haben. Es ist dann vollkommen nachrangig, wie das parteimäßig einzuordnen ist. Diese parteipolitische Denkweise wird immer beklagenswert sein, solange, bis wir das Problem lösen durch Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen. Unter anderem wäre eine solche grundlegende Frage Krieg und Frieden. Ich gehe davon aus, dass eine Mehrheit auch in der BRD trotz all der Propaganda niemals für einen Krieg und auch nicht für Waffenlieferungen stimmen würde...

K.S.S.: Ich finde es gut, dass die sich bewegen und sich zusammenschließen. Dieses ständige »mit wem werde ich da auf der Demo gesehen« ist bei der Frage von Krieg und Frieden total absurd, weil wir letztlich alle auf der Flucht sind. Ich hätte es mir auch schon gewünscht, dass Schwarzer und Wagenknecht bei beiden großen Demonstrationen von Michael Ballweg aufgetreten wären.

A.L.: Ja!

K.S.S.: Nämlich zumindest mit der Frage, »was geht hier eigentlich vor« in Sachen Corona-Ausnahmestand? Doch da scheint immer noch die Denkweise vorhanden, dass man danach immer noch Karriere in diesem System machen will. Trotzdem ist es gut, dass sie sich zusammen vor die Kamera begeben haben und zu dieser Demonstration aufrufen. Ich hoffe, dass viele Leute kommen, aber ich ahne schon, wie die Hauptstadtspitze darüber schreiben wird: »Zwei in die Jahre gekommene Frauen«, »Putin-Versteher«, »Fantasten« oder »total naiv«. Der Mainstream wird alles versuchen, um denen nachzusagen, »früher waren die ja mal gut, aber jetzt sind sie total durchgedreht«.

Mehr Bestandsaufnahme über [Apolut.net](https://www.apolut.net) sowie [DemokratischerWiderstand.de/Presseklub](https://www.demokratischer-widerstand.de/Presseklub)

»Sollen sie mich halt wieder einsperren!«

Ilse Ziegler konnte wegen einer Erkrankung keine Maske tragen. Sie wurde angezeigt und landete im Gefängnis. Doch der Staat verfolgt sie noch immer.

DW: Frau Ziegler, bitte stellen Sie sich kurz vor!

Ilse Ziegler: Ich bin 53, komme aus Ingolstadt und arbeite als Kassiererin in einer Tankstelle.

DW: Sie wurden am 31. August 2020 aus einem Hotel in Bad Neualbenreuth geworfen und angezeigt, weil Sie keine Maske getragen hatten. Damit begann eine unglaubliche Geschichte. Schildern Sie bitte, was Sie erlebt haben!

I.Z.: Laut damaliger Bayerischer Infektionsschutzverordnung hätte eine Glaubhaftmachung ausreichen müssen, wenn man wie ich aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen konnte. Doch bei der Stadt Ingolstadt sagte man mir, das könne ja jeder behaupten, weshalb ich mir ein ärztliches Attest ausstellen ließ. Dies spielte jedoch keine Rolle mehr, weil sich der besagte Vorfall zuvor ereignet hatte. Dass ich die Erkrankung, die maßgebend für das Attest war, bereits seit meinem neunten Lebensjahr habe? Egal! Etwa zwei Monate später erhielt ich einen Bußgeldbescheid, weigerte mich aber, diesen zu bezahlen.

DW: Wie ging es weiter?

I.Z.: Es kam zu einem Gerichtstermin. Da mein Attest angeblich nicht den geltenden Anforderungen entsprach, sollte ich am Empfang bis zum Erreichen des Gerichtssaals eine Maske aufsetzen. Das hätte ich getan, nur leider wollte keiner eine von mir aufgesetzte Haftungsübernahme unterschreiben. Mir hätte auf dem kurzen Weg ja alles Mögliche passieren können. Für einen etwaigen Schadensfall und die dadurch entstehenden Kosten, etwa für meine Beerdigung (lacht), wollte niemand die Verantwortung übernehmen. In Abwesenheit verurteilte man mich zu einem Bußgeld von 250 Euro. Ich legte Widerspruch ein.

DW: Was passierte dann?

I.Z.: Um es kurz zu machen: Ich bekam insgesamt sieben Gerichtsurteile. Da ich mich



Ilse Ziegler hat trotz Gefängnis-Aufenthalt gut lachen und ihren Humor nicht verloren. Foto: privat

stets weigerte zu zahlen, holten mich am 16. November 22 um 6:50 Uhr vier Polizeibeamte von der Arbeit ab. Sie forderten mich letztmals auf, den Betrag, der inklusive Mahngebühren inzwischen auf 288 Euro angewachsen war, zu bezahlen. Vergeblich. Auf der Wache bot mir ein Beamter, der keine Lust hatte, Formulare auszufüllen, an, dass er die Hälfte meiner Strafe übernimmt, wenn ich endlich zahle. Ich lehnte ab.

DW: Sie sind dann tatsächlich für 20 Tage in die JVA München gezogen...

I.Z.: Richtig. Wer hätte das gedacht? Schließlich war ich bis Corona eine brave und gehorsame Bürgerin. Mir geht es in dieser Sache nicht ums Geld. Ich möchte nur einfach nicht, diese Corona-Diktatur, diese Schweinerei,

unterstützen. In der Nazi-Zeit hat fast jeder seine Klappe gehalten und mitgemacht. Ich bin anders. Aus meinem Bekanntenkreis erhielt ich zu 90 Prozent Zustimmung. Für manche bin ich sogar ein Vorbild.

DW: Wie war der Knast für Sie?

I.Z.: Ich habe viel ferngesehen, schließlich lief gerade die Fußball-WM. Zudem gab es leckeres Essen, auf Wunsch auch immer einen Nachschlag. Es war eine schöne Zeit. Ich wurde von allen sehr respektvoll behandelt, fühlte mich wie in einem Fünf-Sterne-Hotel. Auch die Gespräche mit meinen Mitinsassen, u. a. Drogenschmuggler und Steuersünder, sowie der Zusammenhalt untereinander waren eine tolle Erfahrung, für die ich dankbar bin.

DW: Weil Bayerns Justiz überlastet ist, wurden vor kurzem 15 Häftlinge aus der U-Haft entlassen. Wie finden Sie das?

I.Z.: Ich glaube, die Falschen sitzen im Gefängnis. Man schaue sich nur den Kanzler an: In Sachen CumEx und Wirecard wird vieles verschleiert oder er erinnert sich einfach nicht – nichts passiert. Jemand wie ich setzt sich keine Maske auf – und wandert in den Knast.

DW: Ist die Angelegenheit für Sie nun erledigt?

I.Z.: Nein. Die Erziehungshaft war nur eine Erziehungsmaßnahme, mit der man mich brechen wollte. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Stadt Ingolstadt hat mir nun mitgeteilt, dass sie mich pfänden lassen will. Dabei handelt es sich allerdings um ein Konto, das seit 14 Monaten nicht mehr existiert. Auch ein Vollzugsbeamter kam vorbei, wollte Geld haben – jetzt 338 Euro. Ich werde nicht zahlen. Sollen sie mich halt wieder einsperren. Ich freue mich schon darauf.

DW: Frau Ziegler, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Müller

Briefe an die Redaktion

WIR WERDEN INDOKTRINIERT -
VON DER LEYENS BIZARRER AUFTRIIT

Im Rahmen eines Vortrages von Peter Hahne in Lübbecke kam ich mit dem DW in Berührung. Allein der Titel machte mich neugierig. *Demokratischer Widerstand* oder andere Meinungen zu äußern, zu vertreten und zu diskutieren sollte in einer funktionierenden Demokratie ein Grundpfeiler einer freien, aufgeklärten Gesellschaft sein. Aber ist das in unserer (Medien-)Gesellschaft so? Ist es nicht vielmehr so, dass uns durch die Massenmedien eine Meinung indoktriniert wird und ganz gezielt einseitig, auch durch das Verschweigen von Informationen, berichtet wird. Anderes Thema: Der Besuch von EU-Chefin von der Leyen in Kiew (vor circa drei Wochen) war für mich bizarr. Sie präsentierte sich auf einer Galaveranstaltung lachend, tanzend

und küssend. Es wirkte wie eine Selbstinszenierung und stellte sich mir eher als widerlich und der Situation völlig unangemessen dar. So müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, dass jeden Tag viele junge, unschuldige Menschen sterben und der Zivilbevölkerung unendliches Leid widerfährt. Sie sind in die »Mühlen« der Mächtigen geraten und müssen für deren Versagen bzw. Machtinteressen bezahlen. Die Situation scheint klar: Der Westen unter der Führung der USA sind die Guten, die Russen die Bösen. Aber ist das die Wahrheit? Von Frieden und Verhandlungen ist nichts zu vernehmen, es geht um totalen Sieg und vernichtende Niederlage und keiner scheint zur Besinnung zu kommen. Mein Vater lehrte mich: »Menschen können Menschen nicht regieren.« Ich konnte bzw. wollte ihm nicht folgen. Heute weiß ich: Er hatte recht. – Mathias E.

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

BITTE MEHR ÜBER
MICHAEL BALLWEG

Ich danke Euch für den informativen Artikel über die Situation von Michael Ballweg (Ausgabe 119). Aufgrund Eurer Berichterstattung konnte ich ihm schreiben. Hiermit bitte ich Euch, ausführlich über die Hintergründe seiner Inhaftierung sowie die juristische Situation und Perspektive zu berichten. – Marion S.

AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf [NichtOhneUns.de](https://www.nichtohneuns.de)
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)
- [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)
- [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)



Der Münchner Königsplatz war am 18. Februar prall gefüllt. Rund 20.000 Demokraten waren gekommen, um für Frieden und gegen den Krieg sowie die Nato-Eskalationspolitik zu demonstrieren. Foto: Georgi Belickin

DIE FRONTEN VERHÄRTEN SICH

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz bläst die Nato zum Angriff. | Von Hendrik Sodenkamp

Jeder Kriegsdienstverweigerer kennt noch diese Story, und deshalb auch die Politiker der Bundesregierung: »Würdest Du, wenn der Russe in dein Haus kommt und deine Frau vergewaltigt, nicht die Waffe in die Hand nehmen?« Die propagandistischen Greuelgeschichten von entführten Kindern und vergewaltigten Frauen nehmen zu. Das Niveau hierzulande ist auf einen weiteren Tiefpunkt abgesackt.

Der unter zweifelhaften Umständen ins Amt gebrachte US-Präsident Joseph Biden bereist derweil die Ukraine und Polen, wo er sich als ein neuer J. F. Kennedy zu inszenieren versuchte. Wir kämpfen für »Freedom«, wiederholte er mantrahaft. Der obrigkeitsstaatliche Terror der Coronapolitik hat gezeigt, dass Freedom und Democracy anscheinend etwas komplett anderes bedeuten als Freiheit und Demokratie, wie sie die Demokraten in Deutschland unaufhörlich auf den Straßen forderten.

DIE FREIHEIT,
DIE SIE MEINEN

Weil Biden die Rede in der neuen Fronthauptstadt Warschau hielt und nicht mehr in Berlin, war die Journaille des deutschen Regimes mehr als betrübt und frotzelte über die obszöne Inszenierung des altersschwachen Machthabers: Unzählige fahenschwenkende Kinder jubelten ihm in stalinistisch anmutender Manier zu und mussten sich von dem wirklich alten Mann in den Arm nehmen lassen.

Am Tag der Biden-Rede sprach auch der Präsident der russischen Förderung, Wladimir Putin, in einer streng symmetrisch eingerichteten Halle zu seiner versammelten Mannschaft und der Welt. Die Sanktionen des Westens, so Putin, hätten nicht zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt und man habe verstanden, mit ihnen umzugehen.

Was DW-Leser bereits seit fast einem Jahr wissen, konnte nun auch der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft herausfinden: »Es wird keinen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft geben und Putin wird auch das Geld für den Krieg nicht ausgehen«, so

dessen Geschäftsführer Michael Harms. Wem die westlichen Sanktionen geschadet haben, wird aus dem Bericht des Ostausschusses auch erneut klar: den deutschen Firmen und uns Menschen. So wurde zwar die Menge an importiertem russischen Öl und Gas nicht zuletzt durch die Pipeline-Sprengung durch die USA erheblich reduziert, dennoch ging nur rund fünf Prozent weniger Geld nach Russland für diese Erzeugnisse, weil die Kosten dermaßen explodierten. Warum also hat man nochmal die Stadt Schwedt mit seiner an die russische Pipeline angeschlossenen Raffinerie geschleift?

DURCHHALTEPAROLEN

Die hochbegabte deutsche Außenministerin Annalena Bärbock jubelte, dass »die Deutschen einen hohen Preis für den Ukrainekrieg zahlen werden«, mittlerweile stellt sich für jeden klar ersichtlich heraus, dass wir für nichts und wieder nichts gezahlt haben, außer für mehr tote Menschen und eine deutsche Politkaste, die sich

als tatkräftige Macher präsentieren mochte. Die Fronten verhärten sich weltweit also bedrohlich. Der US-Präsident erhöht die Nato-Verträge zum sakralen Heiligtum, und der russische Präsident will aus den verbliebenen Abkommen zur Atombegrenzung aussteigen. Die Nato will noch mehr eigene Truppen an die Ostfront mobilisieren, und Russland schließt ein noch engeres Bündnis mit der chinesischen Regierung, die an diesem Wochenende einen Vorschlag für Friedensverhandlungen vorlegen möchte. Dies kündigte der chinesische Chefdiplomat Wang Yi auf der Münchner Kriegskonferenz an und reiste im Anschluss für Gespräche nach Moskau.

Wird man dieses Vermittlungsangebot annehmen? Nein, so Bärbock umgehend. China sei nicht neutral und man wolle um jeden Preis weiterkämpfen. Damit ist sie voll auf Linie: »China verbreitet weiter die russische Lesart, verbreitet bei den UN und anderswo dessen Propaganda«, so US-Außenminister Anthony Blinken. Die USA bangen seit langem, die Vormachtstellung

an den bevölkerungsreichsten Staat der Erde zu verlieren und bereitet sich auf einen umfassenden Krieg gegen beide Länder, Russland und China, vor. »Inflation in Deutschland voriges Jahr nie über 10 Prozent«, jubelte dann auch die FAZ, alles sei im Schnitt nur 7 Prozent teurer geworden. Musste jedoch gleich danach hinzufügen, dass wir im Januar 2023 bei einer Teuerungsrate von 8,7 Prozent in der Bundesrepublik liegen, während die Löhne selbstverständlich stagnieren und dadurch effektiv sinken.

DIE FREIHEIT
DER PROVINZ

Vor der UN-Rede Bärbocks für eine erneute Verdammlung Russlands machte der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar unmissverständlich klar: »Europa muss sich von der Denkweise verabschieden, dass Europas Probleme die Probleme der Welt seien.« Dieser eigentlich sehr entspannende Gedanke, ist natürlich auch »russische Propaganda«, denn immerhin ist es Putin, der immer wieder betont, dass erst das Eingreifen der Nato in den Ukrainekrieg aus dem lokalen Krieg einen weltweiten gemacht hatte.

Dass Europa Provinz der Welt ist, wird immer klarer und die Frage stellt sich immer mehr, was wir Menschen hier aus diesem Fakt machen? Und wie wir zu einer Entscheidung kommen, wie wir auf diesen Fakt reagieren? Das Angebot der Demokratiebewegung ist seit dem 28. März 2020 eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes, mit Wirtschafts- und Sozialcharta und Volksabstimmungen über alle grundlegenden Fragen. Das betrifft Fragen der Währung, der überstaatlichen Vereinigungen und eben auch die Frage der Bündnisse. Eine ökonomische Bereicherung ist die Kriegspolitik nur für die Waffenindustrie und internationale Konzerne, während wir – also die Menschen, die von ihrer Arbeit oder von Bezügen leben müssen – verarmen sollen. Und auch von »Freedom and Democracy« kann uns ein Regime, dass Kinder mit Masken quälte, Menschen nach ihrem Blutstatus unterteilte und aussortierte, alte Frauen und Schwangere auf offener Straße zusammenschlagen ließ und mit Spritzen umbrachte, einfach nichts mehr erzählen.



Die deutschen Kriegstreiber*innen von links nach rechts: Ursula von der (äh) Leyen (CDU), Annalena Bärbock (Bündnisgrüne), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Die DW-Illustrationen sind bekannt und beliebt. Anerkennend übernehmen wir erstmals eine Illustration aus anderen Periodika der Gegenwart – mit freundlicher Genehmigung vom Compact-Magazin.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von *Wolfgang Greulich*

**PEINLICH, PEINLICHER,
BÄRBOCK!**

Am besten nehmen wir alle einen 360 Grad-Umkehrschwung wie Annalena Bärbock und alles wird gut. Fehlende Bildung ist manchmal nicht wirklich schlimm – aber als Mitglied des Deutschen Bundestages ist es an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten.

Wann haben wir, der deutsche Mittelstand, es zugelassen, dass Menschen ohne nennenswerte Bildung, ohne wirkliche Berufserfahrung und vor allem ohne Werte wie Anstand, Ehrlichkeit, Moral und Authentizität ins größte (!) Parlament dieser Welt gewählt werden konnten? Da dürfen und müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen. Man sollte meinen, so langsam müsste das doch jeder merken – aber weit gefehlt: Corona nicht verstanden, die überwiegend westlichen Kriege nicht verstanden, von den Lügen rund ums Klima ganz zu schweigen. Ist dies (noch) das Land der Dichter und Denker? Nein, es ist verkommen zu einem Land, über das die ganze Welt lacht. Mein Motto: Mitlachen ist besser als sich darüber zu ärgern.

Ab und an eine 360 Grad-Runde zu drehen, tut jedem Unternehmer gut. Das war schon immer so, nicht erst in aufwühlenden Zeiten wie diesen. Es macht Sinn, gut und anders zu sein, gegen den Strom zu schwimmen. Unternehmenssicherung anstatt Gewinnmaximierung – es ist der ideale Moment, um darüber einmal vorzudenken. Auch dies lehren und diese Zeiten: Der Unternehmer der Zukunft sieht anders aus als der Unternehmer der Vergangenheit. Ein Hauch von respektvoller Spiritualität im Unternehmertum tut gut, denn ohne wird es nicht mehr lange gehen.

Der Mittelstand schreit regelrecht nach Veränderung, nach unerschrockenem Handeln. Wissen allein reicht nicht, wenn man aus Angst schweigt. Die Verantwortung ist groß – für das eigene Unternehmen, aber auch volkswirtschaftlich für unser Land – allerdings wird sie bislang nur von wenigen wahrgenommen. Denjenigen gebührt der Dank, denn sie sind es, die einiges verhindert und ohne viel Bürokratie eben auch verändert haben. Von null bis 359 Grad – jede Veränderung kostet Kraft und manchmal tut sie eben auch weh. Sei's drum.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen von uns, den 99 Prozent. Es ist wichtig, selber die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen: Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Armut als Herrschaftsmittel

Die grassierende Verelendung der Lebensbedingungen in Deutschland stellt einen sozialen Sprengstoff dar. | Von Tilo Gräser

Millionen Menschen in Deutschland leben in Armut. Ihre Zahl nimmt zu. Die verantwortliche Politik unternimmt nichts dagegen, sondern verschärft die Lage der Betroffenen noch. Wie der »Armutsbericht 2022« aufzeigt, hat sich die Lage durch die Politik der Corona-Jahre verschärft, in der besonders Selbstständige drastische Einkommensverluste hinnehmen mussten. Durch die fortdauernden Demütigungen in vielen Bereichen des Lebens hat sich zudem die psychische Situation von Millionen Menschen verschlechtert.

13,8 Millionen Menschen in Deutschland gelten als arm – das sind 16,6 Prozent der mehr als 84 Millionen Bundesbürger. Darauf hatte im Juni 2022 der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen »Armutsbericht« aufmerksam gemacht. Als von Armut betroffen beziehungsweise bedroht gilt offiziell, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Diese Grenze liegt derzeit hierzulande bei 1.148 Euro im Monat für Alleinstehende. Die Coronakrise habe vor allem Menschen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Minijobber und kleine Selbstständige »erheblich getroffen«. Es gibt laut »Armutsbericht« regionale Unterschiede, die eine soziale Spaltung Deutschlands deutlich machen. Schleswig-Holstein, Brandenburg, Baden-Württemberg und vor allem Bayern würden sich »positiv absetzen«. Dagegen wiesen fünf Bundesländer überdurchschnittlich hohe Armutsquoten auf: Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und das Schlusslicht Bremen, »weit abgeschlagen mit einer Armutsquote von 28 Prozent«. Und: »Armutspolitische Problemregion Nr. 1« bleibe dabei das Ruhrgebiet, der mit 5,8 Millionen Einwohnern größte Ballungsraum Deutschlands. In dem ehemaligen industriellen Herz der BRD lebt dem Bericht zufolge heute mehr als jeder Fünfte in Armut.

»ARME UNTERLIEGEN EINER
DREIFACHEN AUSGRENZUNG«

Die 60-Prozent-Grenze sorgt wiederholt dafür, dass die Rolle dieser sogenannten relativen Armut in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, infrage gestellt oder als nicht so gravierend dargestellt wird. Dabei wird oftmals der Vergleich mit der Lage von Menschen in anderen Weltgegenden missbraucht, die in extremer Armut leben. Der renommierte Armutsforscher Christoph Butterwegge schrieb im Juli 2022 in einem Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung*: »Arme unterliegen in unserer Gesellschaft einer dreifachen Ausgrenzung: Ökonomisch bedingt mangelt es ihnen häufig an den langlebigen Konsumgütern und personenbezogenen Dienstleistungen, die für materiell Bessergestellte als normal gelten. Ihre sozialen Beziehungen leiden unter den Ressentiments gegenüber »Hartzern«, »Drückebergern« oder »Faulenzern«, die Boulevardmedien und Privatsender in der Mehrheitsbevölkerung gezielt verbreiten. Politisch können sie ihre Interessen nicht durchsetzen, sondern bleiben in der Regel ohne Einfluss auf staatliches Handeln, das ihnen gegenüber im besten Fall



Alles verloren? In Deutschland gelten sage und schreibe 13,8 Millionen Menschen als arm. Die Politik unternimmt nichts dagegen – im Gegenteil: Sie verschärft die Lage sogar noch. Foto: Georgi Belickin

patriarchalisch und im schlimmsten Fall repressiv ist.« Butterwegge machte jüngst deutlich, dass die Armut »immer stärker zur Mitte der Gesellschaft vordringt«. Neben der Coronakrise spitze die gegenwärtige Politik im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine die Lage armer Menschen zu, heißt es beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI). Vor allem Haushalte am unteren Ende der Einkommenshierarchie würden die hohen Energiepreise und die Inflation hart treffen.

Der Psychologe Georg Rammer warnt wie Sozialforscher Butterwegge seit Langem vor den individuellen und gesellschaftlichen Folgen und schrieb 2018 in der Zeitschrift *Ossietzky*: »Die Armut entfaltet ihre destruktive Kraft in Verbindung mit der krassen Ungleichheit. Diese macht Menschen und Gesellschaften krank – das ist bekannt und durch unzählige Studien nachgewiesen.« Armut und Ungleichheit bedeuten laut Rammer systematische Benachteiligung nicht nur in materieller, sondern auch in sozialer und seelischer Hinsicht. »Mindestlohn und Hartz IV, Minijobs, Leiharbeit et cetera erlauben kein Leben in Würde. Für Betroffene bedeutet das, auf Selbstverständlichkeiten des Alltags verzichten zu müssen und von vielen Möglichkeiten ausgeschlossen zu sein.« Die Folgen seien oftmals Angst, Scham, Schuldgefühle, Depression, Rückzug. Die sozialen Ursachen würden individualisiert.

»DIE ARMUT
IST GEWOLLT«

Rammer erinnerte daran, dass der Sozialmediziner Gerhard Trabert schon 1999 die Krankheiten auflistete, die armutsbedingt häufiger auftreten: Herzkrankheiten, Schlaganfall, Krebs-, Magen und Lebererkrankungen, Ängste, Depression, Unfälle, Erkrankungen der Verdauung, der Atemwege, Schlaf- und Menstruationsstörungen, Kopf- und Rückenschmerzen. Selbsttötungsversuche seien bis zu 20-mal häufiger bei Arbeitslosen als bei vergleichbaren Gruppen von Erwerbstätigen zu finden. »Die Lebenserwartung ist bei Armen acht bis elf Jahre geringer als bei Wohlhabenden.« Der Psychologe verwies ebenso auf die sozialen und seelischen Folgen für Kinder: »Armut und ihre Folgen werden »vererbt«. Butterwegge kritisiert seit Jahren

die bundesdeutsche Politik für ihre Untätigkeit angesichts der hohen Armutszahlen. In der *Süddeutschen Zeitung* schrieb er, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine die Lage der Betroffenen noch verschärften: Die etablierten Parteien und die (Medien-)Öffentlichkeit der Bundesrepublik hätten sich mehr um ukrainische Flüchtlinge als um einheimische Obdach- und Wohnungslose gekümmert. Zum Teil seien Notunterkünfte sogar geräumt worden, weil die Betreiber solcher Einrichtungen mehr Geld erhielten, wenn sie ukrainische Geflüchtete unterbrachten. »Während mehrere Hundert Arme im Gefängnis saßen, weil sie die Geldstrafe für ihr »Schwarzfahren« nicht bezahlen konnten, durften Ukrainerinnen und Ukrainer den öffentlichen Personennahverkehr kostenlos benutzen.« Der Sozialforscher warnte: »So erzeugt man Vorurteile und Ressentiments gegenüber Menschen, die gleichfalls Hilfe brauchen. Wie im Laufe der »Flüchtlingskrise« 2015/16 wächst somit die Gefahr des Rassismus, der sich in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zwischen unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen zurückführen lässt.«

2009 hatte Butterwegge in der Zeitschrift *Ossietzky* geschrieben: »Die Armut ist gewollt!« Sie dient als politisch-ideologisches Druckmittel, materielles Disziplinierungsinstrument und soziale Drohkulisse zugleich: Sie demonstriert jenen Menschen, die arm sind, dass ihre Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft nicht ausgereicht hat, um sich zu etablieren, und sie demonstriert jenen Menschen, die nicht arm sind, dass sie weiterhin loyal bleiben müssen, um nicht abzustürzen.« Es ist die gleiche Politik, die Armut hervorruft und die Gesellschaft in solche Schockzustände wie durch die Coronakrise versetzt.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Print-Magazin vier (www.vierte.online). Er wurde für den DW sinnwährend bearbeitet und gekürzt. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.

Tilo Gräser, Jahrgang 1965, ist Diplom-Journalist. Er hat als Korrespondent für RIA Novosti Deutschland/Sputniknews gearbeitet und war bereits für verschiedene Medien und als Pressesprecher tätig. Seine Schwerpunkte sind Politik, Soziales und Geschichte.

IST DAS DIE NÄCHSTE PANDEMIE?

Der Computer-Milliardär Bill Gates kündigte im Fernsehen an, dass die nächste Pandemie dann wirklich beeindruckend werden würde. Über den Ausbruch des Marburgfiebers in Westafrika | BERICHT von Felix Feistel

In kleinen westafrikanischen Staat Äquatorialguinea soll laut Angaben der dortigen Regierung und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das sogenannte Marburgfieber ausgebrochen sein. Am 7. Februar 2023 hatten örtliche Behörden aufgrund einiger Fälle von Fieber, das in vielen Fällen zu inneren und äußeren Blutungen führte (in der Fachsprache hämorrhagisches Fieber genannt), Alarm geschlagen. Eine Woche später wurde bekannt gegeben, dass es sich bei dem Krankheitserreger um den sogenannten Marburgvirus handelt, der mit dem Ebolavirus verwandt ist. Bislang gibt es neun Todes- und 16 Verdachtsfälle.

Bei dem Marburgfieber handelt es sich um eine schwerwiegende Erkrankung, die binnen kurzer Zeit zu schweren inneren Blutungen, Fieber, Müdigkeit und Durchfall führen kann. Die Todesrate liegt nach Angaben der WHO bei 88 Prozent. Die Regierung Äquatorialguineas löste in der betroffenen Provinz Kié-Ntem sowie den Nachbardistrikt Mongomo im Nordosten des Landes einen »Gesundheitsalarm« aus. Dies sei Gesundheitsminister Mitoha Ondo'o Ayekaba zufolge in Absprache mit der WHO erfolgt. Mehr als 4.000 Menschen seien durch diese Maßnahme unter Quarantäne gesetzt worden.

Der WHO-Regionaldirektor für Afrika, Matshidiso Moeti, erklärte »Marburg ist hochinfektiös. Dank des raschen und entschlossenen Handelns der Behörden bei der Bestätigung der Krankheit können die Notfallmaßnahmen schnell auf Hochtouren laufen, sodass wir Leben retten und das Virus so bald wie möglich eindämmen können.« Die WHO unterstützt die Bemühungen der

Regierung, die Krankheit einzudämmen mit speziellen Testkits und Fachkräften, die sich darum bemühen, Infektionsketten zurückzuverfolgen, Kontaktpersonen zu isolieren und Menschen mit Symptomen zu behandeln. Zudem beraumte die Organisation eine Notfallsitzung an.

Das Marburgfieber soll seinen Ursprung in Flughunden haben und überträgt sich zwischen Menschen durch Körperflüssigkeiten oder Kontakt mit infizierten Oberflächen. Eine direkte Behandlung für die Krankheit gibt es nicht. Die Patienten werden nur symptomatisch behandelt. Es handelt sich um den ersten Ausbruch dieser Krankheit in dem westafrikanischen Land.

WIRD BILL GATES' DROHUNG WAHR?

Interessant ist der jüngste Ausbruch vor dem Hintergrund, dass einige kritische Beobachter schon im vergangenen Jahr die Vermutung geäußert hatten, dass ein hämorrhagisches Fieber nach Corona die nächste Pandemieerzählung werden könnte. So hatte der auffällig gewordene Ratsvorsitzende des Weltärztebundes, Frank-Ullrich Montgomery seine Sorge geäußert, dass die nächste »Pandemie« durch einen Erreger ausgelöst werden könnte, der so ansteckend wie Corona und so tödlich wie Ebola sei.

Einige Wissenschaftler brachten zudem die Corona-Giftstoffe mit Erregern wie HIV und Marburg in Verbindung. So erklärte die Ärztin Dr. Ariyana Love schon im November 2021 in einer Sendung der Stew Peters Show, dass solche Erreger in den sogenannten Impfstoffen gefunden worden sein sollen. Der Erfinder der mRNA-Stoffe, Robert Malone warnte zudem Anfang 2022 vor einem »Ebola-ähnlichen«

hämorrhagischen Fieber, das durch Mutationen entstehen könnte, die durch die Covid-Spritzen ausgelöst werden. Allerdings liegt die »Impfquote« Äquatorialguineas mit offiziell 15,8 Prozent sehr niedrig.

EINE ERSTAUNLICH VIELBEACHTETE SELTENHEIT

Das Marburgvirus wurde 1967 erstmals in der hessischen Stadt Marburg entdeckt, und konnte seitdem mit 376 Todesfällen in Verbindung gebracht werd. Nur 16 davon traten nach 2005 auf.

Die von Bill Gates gegründete und finanzierte Impfallianz GAVI veröffentlichte schon im April 2021 einen Artikel mit dem Titel: »Die nächste Pandemie: Marburg?«. Zudem bezeichnet GAVI auf seiner Seite das Marburgvirus neben neun anderen Erregern als potenziellen Auslöser einer nächsten Pandemie.

Das Nationale Gesundheitsinstitut der USA (NIH) veröffentlichte 2021 zudem ein Papier mit dem Titel »Asymptomatic Infection of Marburg Virus« (dt. Asymptomatische Übertragung des Marburgvirus), womit es an die Lüge der »asymptomatischen Coronainfektionen« anknüpft. Bereits 2020 verabschiedete das US-amerikanische Gesundheitsministerium eine Erklärung, in der es ankündigte, Maßnahmen gegen das Marburgvirus ergreifen zu wollen.

Bereits 2018 entwickelte die Firma »Primerdesign Ltd.« trotz der Seltenheit der Krankheit einen PCR-Test für Marburg, den sie patentieren ließ. Die Firma war die erste, die 2008 einen PCR-Test für die Schweinegrippe herstellte. Die Entwicklung dauerte damals lediglich zwei Wochen.

MELDUNG

PROTEST GEGEN DIE REGIERUNG IN ALBANIEN

Tirana/DW. In der albanischen Hauptstadt Tirana haben sich einem RT-Bericht zufolge in der vergangenen Woche Oppositionelle der Mitte-Rechts-Opposition vor dem Parlament versammelt, um gegen die Regierung zu protestieren. Dabei kam es zu Spannungen mit der Polizei, als die Demonstranten versuchten, die Absperrung zu durchbrechen und in das Parlament zu gelangen. Die Opposition wirft der regierenden Partei von Ministerpräsident Edi Rama Korruption und eine Verbindung zur organisierten Kriminalität vor.

RUSSLAND KONTERT JAPAN: INSELGRUPPE GESPERRT

Moskau/DW. Russland hat die Inselgruppe der südlichen Kurilen einem RT-Bericht zufolge für Japaner gesperrt. Auch die Verhandlung über japanische Fischerei in der russischen Wirtschaftszone wurden ausgesetzt. Begründet wurde dies mit den antirussischen Sanktionen, die Japan kurz zuvor verabschiedet hatte. Dabei hat die japanische Regierung nicht nur ein Sanktionspaket, sondern gleich 15 auf einmal beschlossen.

Schon zuvor hatte das russische Außenministerium die Friedensverhandlungen mit Japan für beendet erklärt. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben Japan und Russland keinen solchen Friedensvertrag und befinden sich damit offiziell noch immer im Krieg. Die Inselkette der südlichen Kurilen ist dabei einer der Hauptstreitpunkte, der einem solchen Vertrag immer im Wege stand. Japan erhebt Anspruch auf die Inseln, die *de facto* allerdings zu Russland gehören. (ff/kmü)

ANGRIFF AUS DEM ALL?

Von Felix Feistel

Eine Serie von Sichtungen unbekannter Flugobjekte beeindruckt Menschen rund um die Welt. Den Anfang machten vor einigen Wochen Sichtungen in den USA, in deren Luftraum ein angeblicher chinesischer Wetterballon eindrang, um dort eine ganze Weile vor sich hin zu treiben, bevor das Militär ihn schließlich über der Küste des Bundesstaates South Carolina abschoss. Scharfe Worte gegenüber China waren die Folge.

Bei dem Ballon solle es sich um ein Spionagerät gehandelt haben, das mit Überwachungstechnik und Sprengstoff zur Selbstzerstörung ausgestattet gewesen sein soll. Die chinesische Regierung bezeichnete den Abschuss als Überreaktion und als Verstoß gegen internationale Praxis.

WAS MACHEN DIE DA OBEN?

In Alaska wurde wenige Tage später ein weiteres Objekt gesichtet und ebenfalls abgeschossen. Kurz darauf wurden auch Kanada, Moldawien und Rumänien von

unbekannten Flugobjekten »heimgesucht«, sodass Moldawien vorübergehend den Luftraum sperrte, und rumänische Kampfjets aufstiegen, die aber nichts finden konnten.

In Uruguay wurde eine Reihe von seltsamen Lichtern am Himmel gesichtet, deren Ursache zunächst unklar war. Im US-Bundesstaat Montana ereignete sich zudem eine Explosion in der Luft, deren Ursache bisher ebenfalls unbekannt ist. Zudem berichteten US-amerikanische Behörden von weiteren angeblichen Ballons aus China. Doch auch in China selbst meldeten die Einwohner einer Provinz im Nordosten des Landes eine Reihe unbekannter, leuchtender Kugeln, die am Himmel zu sehen gewesen sein sollen, und die chinesische Regierung erklärte, ein UFO gesichtet zu haben und bereitete den Abschuss des Objektes vor.

Mittlerweile erklärte die US-Regierung, dass drei der bislang abgeschossenen Objekte wohl nicht auf Spionage zurückgehen, sondern kommerziellen Zwecken dienten. General Glen VanHerck, Befehlshaber des nördlichen US-Kommandos, schloss jedoch auf einer Pressekonferenz auch eine



Was steckt dahinter? In vielen Ländern wurden unbekannte Flugobjekte gesichtet. Collage: DW/CC

außerirdische Quelle der Objekte nicht aus. Zuvor hatte ein F-16 Kampffjet ein achteckiges Objekt über dem Huronsee an der Grenze zu Kanada abgeschossen. Eine ganz und gar irdische Erklärung liefert hingegen der NSA-Whistleblower Edward Snowden. Er schrieb auf seinem Twitterprofil, dass es sich bei den angeblichen unbekannten Flugobjekten lediglich um eine künstlich erzeugte Panik handele, die von der Nord-Stream-Enthüllung von Seymour Hersh ablenken solle. Dieser hatte aufgedeckt, dass die USA hinter der Sprengung der Ostseepipelines stecken.

Die unabhängige australische Journalistin Caitlin Johnstone schrieb auf ihrem

Blog, dass selbst in Russland im vergangenen Monat bereits unbekannte Flugobjekte gesichtet worden sein sollen. Weiterhin mahnt sie zur Skepsis gegenüber der UFO-Story, das seit 2017 Verbreitung findet. Sie ist überzeugt, dass die US-amerikanische Antwort auf dieses Thema ein weiterer Militarismus sein wird. Von daher könnte es sich bei den Sichtungen nicht nur um eine Ablenkung, sondern auch um einen Vorwand zur Aufrüstung oder für den Krieg handeln.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

A.L.: Herr Willemer, ich grüße Sie!
F.W.: Ich grüße Sie, Herr Lenz, schön, dass wir einmal miteinander sprechen können!

A.L.: Herr Willemer, Sie sind erfolgreicher Jurist und haben Lösungsmöglichkeiten für die Krise des politischen Systems entwickelt. Warum?
F.W.: Ich bin wie die meisten Deutschen davon ausgegangen, dass wir in einer Demokratie leben. Ich war zunächst in der Jungen Union, dann 25 Jahre lang in der SPD. Irgendwo war ich mit diesem Staat im Reinen. Nun bin ich älter und sage: Wir hatten noch nie eine Demokratie in Deutschland! Es war immer eine Parteienherrschaft. Und als Jurist bin ich zu der Auffassung gelangt: Wir haben noch nicht einmal einen Rechtsstaat!

A.L.: In Ihrem Buch schreiben Sie mit dem Philosophen Karl Jaspers von einer Parteienoligarchie.
F.W. Repräsentative Demokratie ist ja das, was sich die Väter der amerikanischen Verfassung ausgedacht haben. Das war mitten in der Zeit der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Ziel der Aufklärung war es, sich vom Absolutismus zu trennen und diesen auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen.

A.L.: Absolutismus bedeutet Fürstenherrschaft. Das heißt, ein Fürst, ein Erster, sieht sich als Alleinherrscher von Gottes Gnaden eingesetzt und damit berechtigt zu solchen Scheußlichkeiten wie dem »Recht der ersten Nacht« und nach eigenem Gutdünken Steuern einzutreiben, das Volk herumzuscheuchen und sogar in Leibeigenschaft zu halten.
F.W.: Die Aufklärung hat sich gegen dieses absolutistische System gewandt.

A.L.: Die Aufklärung hat die freie Presse und schließlich die Demokratie hervorgebracht. Doch was bedeutet das Wort Demokratie?
F.W.: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Oder einfacher ausgedrückt: Der Staat in Händen des Volkes! Nur wo der Staat in

den Händen des Volkes ist, herrscht Demokratie. James Madison hat 1787 die repräsentative Demokratie in seinem *Federal Paper* (Bundesblatt) begründet und uns die Repräsentative Demokratie schmackhaft gemacht, indem er sagte, die Körperschaft von gewählten Bürgern sei von Weisheit getragen, das seien Patrioten. Sie sind dem Interesse des Staatsapparates verpflichtet und wüssten am ehesten, wie ein Volk geführt werden soll. Deshalb entschied man sich für ein Repräsentantensystem, auch beim Grundgesetz. Man müsse institutionell dafür sorgen – etwa nach der grauenvollen Nazi-Zeit – dass das Volk nicht wieder irgendwelchen Scharlatanen hinterherläuft. Die Repräsentanten entscheiden somit die Schicksalsfragen. Hier habe das Volk im Hitler-Faschismus versagt und deshalb müsse es von allen Entscheidungen abgehalten werden. Man schrieb sich zwar »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« ins Grundgesetz, denn das ist Demokratie, aber man setzte darüber dieses Repräsentationssystem ein.

A.L.: Ob das Volk insgesamt und für alle Zeit versagt hat, stellen Sie in Ihrem Buch aber in Frage. Sie nennen darin den 20. Februar 1933, kurz vor der Übergabe der Macht an die Nazi-Repräsentanten, formell auf demokratischem Wege. An jenem besagten Tag trafen sich 25 Großindustrielle, Bankiers, Rüstungsmagnaten mit Repräsentanten bürgerlicher Parteien und der NSDAP – den Nazis – und verabredeten den Coup, den damaligen Staatsstreich und damit die Aussetzung jedweder demokratischen Verfahrensweise der Weimarer Republik. (...)

CORONA-PUTSCH UND NATO-KRIEG
NEUER ABSOLUTISMUS

Heute sagen Millionen von Menschen in der BRD, aber auch in anderen Ländern, »nein, das kann keine Demokratie sein, wenn ihr uns solchen Lügen und Maßnahmen aussetzt und uns neuerlich in Kriege treibt!«

ANWALT AN REVOLUTION

Deutschland steht seit bald drei Jahren auf Land. Der Jurist und Buchautor Friedemann Willemer über die Aufklärung und einer demokratischen Verfassung



(...) Sie, Herr Willemer, wollen uns heute, in der Gegenwart, wie Josphe Beuys oder die Demokratiebewegung *NichtOhneUns.de* seit 28. März 2020 dabei helfen, einen Weg aus der finstersten Zeit seit 1945 zu bahnen und unsere eigene Verfassung aus dem Volk in Kraft zu setzen. Die Zeit scheint reif. Nun zeigt sich doch aber, dass die politmediale Kaste jede gute Idee aus dem Volk aufgreift und pervertiert. Wann wird die Regierung also den neuen Verfassungsentwurf für unser Land vorstellen, dem wir dann noch zustimmen dürfen?

F.W.: Wenn die uns unsere neue Verfassung präsentieren, dann ist es schon wieder der falsche Weg. Die haben uns gar nichts zu präsentieren. Die haben ein Problem. Die können nicht das, was die Aufklärung hervorgebracht hat, kaputtmachen. Wir sind den Weg noch nicht zu Ende gegangen. Die können nicht bestreiten, dass nur das Volk die vorverfassungsgebende Gewalt hat. Wir entscheiden, wer was im Staat zu sagen hat.

DEMOKRATISCHE DISKUSSION
UND VOLKSENTSCHEIDE

Wir müssen konsequent sagen: »Nein, wir als Volk entscheiden das!« Und das, meine ich, ist mit dem Artikel 146 des Grundgesetzes vorgegeben. In der Präambel steht: »Das Volk hat sich dieses Grundgesetz kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt gegeben.« Aber das stimmt nicht. Der entscheidende Akt für eine Demokratie ist, dass das Volk sich die Verfassung gibt. Wir wollen über eine neue Verfassung diskutieren und darüber abstimmen. Ob die dann direkt-demokratisch wird oder – ich sage es einmal übertrieben, Herr Lenz – wir uns dann wieder einen König wählen wollen, das ist dann wieder eine ganz andere Frage.

A.L.: Zitieren wir unser Grundgesetz: »Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Und nun fangen wir doch einfach an, Herr Willemer, bundesweit Aushänge zu machen, dass eine Wahl stattfinden wird und in allen Wahlkreisen Wahlurnen aufzustellen, damit eine neue Verfassung ausgearbeitet wird. Was würde dann geschehen? Meinen Sie, wir könnten unsere Wahl auf allen Marktplätzen in der BRD ungestört durchführen?
F.W.: Nach allem, was in den letzten Jahren abgelaufen ist, könnte man Zweifel haben.

In allen Kommentaren zum Grundgesetz steht, diesen Weg kann uns nur das Parlament eröffnen, nur dies sei berechtigt, uns das Recht einzuräumen, über unsere Verfassung abzustimmen.

A.L.: Die Kommentare von Juristen stehen im Gegensatz zum Menschenrecht, zum Völkerrecht und zum Naturrecht.
F.W.: So steht es aber in diesen Kommentaren. Da wir zu Zeit ja das Grundgesetz haben, denke ich auch, dass wir nicht darum herumkommen. Denn es nicht sicher, dass eine solche Verfassungsgebung überhaupt das Volk gewinnen würde und am Ende nur zwei Millionen zu dieser Wahl gehen. Der Mainstream würde ohnehin behaupten, das seien mal wieder »Verschwörungstheoretiker«. Mit der Bürgerinitiative »Gemeinwohllobby« habe ich alle Parteien im Deutschen Bundestag angeschrieben. Wir haben sie aufgefordert, nun den Weg freizumachen und ein Gesetz zu verabschieden, dass das deutsche Volk darüber abstimmt: »Ja zum Grundgesetz ohne Wenn und Aber« oder »wir wollen über eine neue Verfassung diskutieren und darüber abstimmen, so wie es der Artikel 146 vorsieht«. Von allen Bundestagsfraktionen hat nur eine, die SPD, darauf geantwortet. Alle anderen Parteien haben sich totschwiegen. Daran erkennt man, sie wollen es auf keinen Fall. Und die SPD antwortete: »Das ist nicht sinnvoll.«

A.L.: Na, herzlichen Dank, SPD!

FRIEDEMANN WILLEMER BEI »APOLUT IM GESPRÄCH«

Für die strikte Gewaltenteilung: »Wenn man das repräsentative System erlebt hat, wie wir das hier in der Bundesrepublik erleben, dann kann man eigentlich nur feststellen, die Gewaltenteilung wird beseitigt. Die alleinherrschenden Parteien bestimmen alles. Und das hat mit Demokratie nichts zu tun.«

Der Friedemann Willemer wurde 1945 in Stade geboren und ist in Hamburg aufgewachsen. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften in Hamburg und schloss das 1. und 2. Staatsexamen mit Prädikat ab.

Seit 1974 ist Friedemann Willemer als Rechtsanwalt tätig und mit der Wende 1989 weitete er seine anwaltlichen und juristisch beratenden Tätigkeiten in die neuen Bundesländer aus und gründete insgesamt sechs Kanzleien in Sachsen und Brandenburg und verlegte 2005 seinen Lebensmittelpunkt von Hamburg nach Zittau.

In seinem ursprünglichen Glauben, in einer Demokratie und einem funktionierenden Rechtsstaat zu leben, betätigte sich Friedemann Willemer seit seiner Schulzeit politisch und wurde Mitglied der Jungen Union und später der CDU. Bedingt durch die 1968er-Ereignisse beendete er seine Mitgliedschaft und trat wenige Jahre später der SPD bei, wo er über 25 Jahre passives Mitglied war.

Seit 2016 ist er nur noch gelegentlich berufstätig und nutzt die damit verbundene freie Zeit zu politischen Studien, aus denen die politische Streitschrift »Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie – Eine demokratische Tragödie« resultierte.

In der aktuellen Ausgabe der Reihe »Apolut im Gespräch« erläutert Willemer im Gespräch mit DW-Herausgeber Anselm Lenz, warum er davon überzeugt ist, dass kritische Beobachter den pathologischen Zustand der Bundesrepublik Deutschland in Politik und Medien zutreffend beschreiben. Das hier abgedruckte Interview ist ein Auszug aus der 90-minütigen *Talkshow* auf *Apolut.net*.

Foto: Ausschnitt der aktuellen Ausgabe »Apolut im Gespräch« (*apolut.net*)

N DER SEITE DER

mit täglichen Demonstrationen im ganzen
n Willemer kämpft für die Vollendung der
fassungserneuerung in Deutschland.



Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie: Der Jurist Friedemann Willemer will Frieden – und den demokratischen Aufbruch. Foto: Apolut.net/KenFM

F.W.: Und damit haben sie natürlich recht, für die Parteien ist eine Verfassungserneuerung aus dem Volk »nicht sinnvoll«. Wir müssen uns also darüber im Klaren sein, dass es nicht einfach wird. Immer wenn jemand die Macht hat, wird es nicht einfach, denjenigen davon zu überzeugen, von dieser Macht etwas abzugeben. Wir könnten dann nämlich entscheiden, dass es keine Parteienfinanzierung mehr gibt. Wir könnten entscheiden, dass alle öffentlichen Ämter ausgeschrieben werden müssen; die dürfen dann nicht mehr so einfach mit Parteimitgliedern bestückt werden. Wir können uns entscheiden, dass die uns bei Ausgaben zunächst fragen müssen. Aber die haben die Macht zur Zeit und man kann sagen, sie haben sie totalitär. Sie haben die totale Macht. Jemanden mit Worten zu überzeugen, die Macht abzugeben, das ist schwierig.

A.L.: Demgegenüber stehen nun seit bald drei Jahren Millionen von Demokratinnen und Demokraten in der BRD und wenden sich gegen diesen totalitären Apparat, den sie sich nicht ausgesucht haben und den sie schlichtweg nicht haben wollen – und den sie, wie Sie dargelegt haben, auch überhaupt gar nicht brauchen. Denn es gibt andere Optionen – ohne Berufspolitik und mit der Möglichkeit von Volksabstimmungen in den grundlegenden Angelegenheiten. In Ihrem Buch enden Sie hiermit: »Lasst uns den Mut zur Vollendung der

Demokratie in Deutschland haben. Lasst uns die Parteienherrschaft beenden. Lasst uns alle Staatsgewalt in die Hände des deutschen Volkes legen.« Frage an Sie: Geht das denn überhaupt? Denn den Deutschen als Volk könne man doch trauen, heißt es, die Deutschen seien böse. Rekurren Sie auf revolutionäre deutsche Demokraten aus den Jahren 1830, 1848, 1919?

F.W.: Als Anwalt versuche ich, es mir immer möglichst einfach zu machen. Ich nehme einfach das, was die Aufklärung unbestritten zum Ausdruck gebracht hat. Der Staat muss in die Hände des Volkes. »Alle Staatsgewalt geht vom deutschen Volke aus«, wie es auch in der Prämbel, dem Vorwort zum Grundgesetz heißt. Lass uns das verwirklichen, was die Aufklärung gebracht hat, was auch die Verfasser des Grundgesetzes gesagt haben!

ARTIKEL 146 ALS RECHT
ZUR VERFASSUNGSGEBUNG

Wie kriegen wir nun die Repräsentanten dazu, uns das Recht einzuräumen, zumindest über eine Verfassung zu diskutieren? Mehr wollen wir ja im Augenblick gar nicht, es wäre der erste Schritt. Millionen Menschen sind strukturell unzufrieden. Es ist mehr als nur ein bißchen haarig zur Zeit. Möglicher Anfang: Die SPD oder die AfD bräuchten ja nur ein Gesetz in

den Bundestag einbringen – und dann mal sehen, was der Bundestag daraus macht. Aber auch das wird gar nicht erst zum Aufkeimen gebracht.

A.L.: Auch die AfD macht das nicht.

F.W.: Der Vorsitzende der AfD, Herr Chrupalla, wohnt ja praktisch hier bei mir nebenan in der Oberlausitz. Ich hatte ihm vor der letzten Wahl mein Buch geschickt und ihm geschrieben: »Vielleicht sollte die AfD mal darüber nachdenken, etwas in Sachen Demokratie zu machen, in direkter Demokratie. Vielleicht könnte die Konzentration darauf dazu führen, dass ihre Ergebnisse besser werden. Das, Herr Lenz, blieb ohne Reaktion.

A.L.: Man ist also schon im Apparat drin, den wir überwinden wollen. (...) Sie sind über das Buches »Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie – eine demokratische Tragödie«. Es geht nicht nur trist ab in Ihrem Werk, sondern Sie beschreiben den Ausweg: Die Verfassungserneuerung von unten nach oben, also den Ur-Gedanken der Demokratie. Sie plädieren auf die uneingeschränkte Volkssouveränität und die Überwindung der Parteienoligarchie. In diesem Sinne schreiten wir gemeinsam voran.

Herr Willemer, vielen Dank für das Gespräch und: Es lebe die Revolution!



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserinnen (m/w)!

Zwei neue Filme aus der Demokratiebewegung treten den Weg an, den Mainstream zu beenden. Der Porträtist und Filmemacher Kai Stuht kommt dieser Tage mit dem Film »Können 100 Ärzte lügen« heraus. Der Film zeigt viele DW-Autoren und Ärzte des Widerstandes, die zur Aufklärung der Corona-Lüge beitrugen – und beitragen. »Leider können wir dieses Video auf YouTube nicht zeigen, weil der Konzern zensiert«, erklärt Regisseur und Interviewer Kai Stuht in einer Stellungnahme. Die Arbeiten an dem Film und der Film selbst sind zu besichtigen im Internet auf der Seite www.project-fovea.com.



Der bekannte Historiker Uwe Alschners wies mich auf die neue Filmdokumentation von Vera Sharav hin. Die Überlebende der Judenverfolgung Sharav wurde nach ihrem Auftritt bei der Demokratiebewegung im Sommer 2022 vom BRD-Regime angeklagt. »Corona-Maßnahmenkritik sei Holocaust-Leugnung, oder zumindest Relativierung. Das meinte der Leiter des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte, Jim G. Tobias, als er die Überlebende des Holocaust, Vera Sharav, im August 2022 nach ihrer Rede am Festakt zu 75 Jahren Nürnberger Kodex bei der Staatsanwaltschaft anzeigte. Wie geschichtsvergessen und gefährlich falsch Tobias liegt, wird deutlich, wenn man die Erinnerungskultur auf ihren Kern zurückführt, die in Deutschland (und anderswo) zu einer ritualisierten Rückschau zu verkümmern droht«, kommentiert Alschner. Denn: »Nie wieder ist jetzt!«



Auch der neue Film, an dem der Historiker mitgewirkt hat, veranschaulicht die Drastik der massenhaften Spritzenmorde in der Gegenwart und das grauenhafte Menschen- und Weltbild derer, die es in Gang gesetzt haben. Vera Sharav lässt keine Zweifel daran, dass die Ideen einer »Bevölkerungsreduktion« und des »Transhumanismus« eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte hervorgebracht haben. »Es geschieht schon wieder, nur schlimmer«, sagt Sharav im Film mit dem Titel »Nie wieder ist jetzt global« (siehe alschner-klartext.de).

In Berlin werden als letztem Bundesland zum 1. März 2023 alle Corona-Maßnahmen beendet. Haben wir gesiegt? Nein, wir haben hier noch eine Aufgabe, nämlich die Aufklärung zu vollenden. Unterstützen Sie diese Zeitung bitte JETZT dabei! (Siehe Seite 2 u.l., Seite 16)

Herzlich achtungsvoll grüßt
Anselm Lenz
Journalist, Verleger

»SCHWEIGEN KOMMT FÜR MICH NICHT INFRAGE!«

Eva Herzig (50) zählt zu den bekanntesten Schauspielerinnen Österreichs. Ihre Karriere ging in 30 Jahren nur in eine Richtung – nach oben. Dann kam die »Pandemie« und mit ihr schon bald die Spritze. Weil sie die Corona-»Impfung« ablehnte, verlor sie ihre Hauptrolle in der ORF-/ARD-Filmreihe »Steirerkrimi«. Damit nicht genug: Bis heute wird sie diskriminiert – aber sie lässt sich nicht unterkriegen. | DW-INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Frau Herzig, Sie sollten 2021 eigentlich für die sechste und siebte Episode vom »Steirerkrimi« gebucht werden. Darin spielten Sie bis dato die Spurensicherungsexpertin Eva Merz. Doch es kam anders: Aufgrund fehlender Corona-Injektion wurden Sie aus dem Drehbuch geschrieben. Warum haben Sie sich nicht »impfen« lassen?

Eva Herzig: Mir waren die neuartigen mRNA-Stoffe zu unerforscht. Meine Gesundheit steht für mich an erster Stelle. Ich wollte kein Risiko eingehen. Als ich anfang, mich näher mit dem Thema zu beschäftigen, war für mich endgültig klar: Diese Injektion werde ich mir niemals geben lassen.

DW: Sie wussten, dass die Produktion von den Schauspielern die Corona-»Impfung« verlangt. War Ihnen, bevor Sie den Verantwortlichen Ihre Entscheidung mitteilten, klar, welche Folgen Ihre Verweigerung haben wird?

E.H.: Ich hatte gehofft, auch ungeimpft die Rolle weiterhin spielen zu können und hätte nicht gedacht, dass die Produktionsfirma das so knallhart durchzieht, zumal ich im Herbst 2020 mitten im Lockdown noch für sie gearbeitet hatte. Da trug ich brav Maske, ließ mich testen, obwohl ich auch die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen schon damals sehr kritisch sah. Doch meine Hoffnung zerbrach sich. Als man mir mitteilte, dass ich raus bin, war ich geschockt und hatte eine schlaflose Nacht zu überstehen, schließlich bin ich alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. Am nächsten Morgen postete ich die Nachricht dann auf meiner Facebook-seite. Das sorgte für viel Wirbel.



Im DW-Interview sagt die Schauspielerin: »Ich glaubte, wir leben in einer Demokratie!« Ihr Vertrauen in Ärzte und Medien hat stark gelitten, von der Politik fordert sie eine »ernsthafte Aufarbeitung« Foto: Nadja Klier

DW: Inwiefern?

E.H.: Es meldeten sich zahlreiche Fernseh- und Zeitungsredaktionen. Sie alle wollten mit mir reden – und ich mit ihnen. Ich hatte das Bedürfnis, der Öffentlichkeit mitzuteilen, was in diesem Land abgeht und was mit denen passiert, die das »freiwillige Impfen« ablehnen. Existenzen wurden zerstört, Menschen in den Selbstmord getrieben. Von einigen wurde ich auch als Verschwörungstheoretikerin und Rechte beschimpft, nur weil ich in einer medizinischen Thematik eine andere Sichtweise hatte als der *Mainstream* und kritische Fragen stellte. Sogar Kollegen, mit denen ich bereits zusammengearbeitet hatte, spotteten, ich wolle mich nur wichtig machen. Auf so eine Art von »Wichtigtuerei« hätte ich gerne verzichtet.

DW: Wie haben Ihre »Steirerkrimi«-Kollegen reagiert?

E.H.: Hary Prinz hat sich mehrfach bei mir gemeldet. Er war der Einzige. Das fand ich sehr enttäuschend, andererseits konnte ich es ein Stück weit nachvollziehen. Damals im Mai 2021 haben sich schon viele nicht mehr getraut, klar Stellung zu beziehen. Sie hatten Angst, dass sie in einem Atemzug mit mir genannt werden könnten. Ich kenne zudem Kollegen, die sich damals ebenfalls kritisch zur Politik geäußert haben, aber heute nichts mehr zu dem Thema sagen möchten. Sie haben Angst, dass ihre berufliche Karriere noch mehr Schaden nimmt als ohnehin schon. Ich verstehe das, aber für mich kommt Schweigen nicht infrage. Hallo! Wo leben wir denn?

DW: Wie waren die Reaktionen in Ihrem privaten Umfeld?

E.H.: Bis auf meine Mutter haben sich in meiner Familie alle impfen lassen. Anfangs haben wir noch versucht, uns gegenseitig von der Richtigkeit unserer Argumente zu überzeugen. Aber das machte keinen

Sinn. Seitdem lassen wir das Thema außen vor. Es gingen Freundschaften auseinander, dafür habe ich neue tolle Menschen kennengelernt. Einige Freunde rieten mir, ich könne mir doch ein Impfungsverträglichkeitsattest ausstellen lassen. Das kam für mich nicht infrage, schließlich hätte ich die Politik damit befürwortet. Mir ist die Wahrheit sehr wichtig. Es geht um Authentizität und darum, die eigene Wahrheit zu leben, auch wenn ich es mir dadurch nicht immer einfacher mache. Dafür kann ich guten Gewissens in den Spiegel blicken.

DW: Ihre Kinder sind zehn und 14 Jahre. Sie wollten die beiden von der Maskenpflicht befreien lassen, legten dafür Atteste vor. Mit Erfolg?

E.H.: Der Schuldirektor des Gymnasiums, auf das mein älterer Sohn ging, zeigte Verständnis für meine Situation – zumal mein Junge sehr unter der Maske litt, weil er sie nicht vertragen hat – sagte aber, ihm seien die Hände gebunden und verwies auf die Bildungsdirektion (österreichische Behörde, die die gesamte Schulverwaltung eines Bundeslandes organisiert/Anm. d. Red.). Ich habe meinen Sohn daraufhin von der Schule genommen, kurze Zeit später auch meinen Jüngsten, der noch auf die Volksschule ging. Nicht nur, dass sie die Maske während der kompletten Unterrichtszeit tragen mussten, ungeimpfte Kinder wurden zudem heftig gemobbt und massiver Impfdruck auf sie ausgeübt. Als Mutter hatte ich die Verpflichtung, mich schützend vor sie zu stellen.

DW: Wie ging es weiter?

E.H.: Bei uns in Österreich gibt es eine Unterrichts-, jedoch keine Schulpflicht. Daheim für meine beiden Kinder die Lehrerinnen spielen zu müssen, war jedoch sehr schwierig. Mit der Situation waren wir alle überfordert. Ich habe mich dann auf die

Suche gemacht nach anderen Eltern, die in derselben Situation steckten, wie ich ihre Kinder schützen wollten vor diesen schädlichen Maßnahmen. Gefunden habe ich sie in Graz, weshalb ich im Herbst 2021 mit meinen Kindern von Wien dorthin gezogen bin. Wir haben Lerngruppen gebildet. Mittlerweile gehen sie wieder zur Schule.

DW: Inzwischen werden immer mehr Impfschäden bekannt. Wie nehmen Sie das wahr?

E.H.: Ich habe es in meinem eigenen privaten Umfeld erlebt, dass Menschen nach der Impfung gesundheitliche Probleme bekamen. Schon damals, als bekannt wurde, dass ich mich nicht impfen lasse, haben mir viele Leute von ihren Impfschäden und ihrem Leid berichtet.

DW: Wie beurteilen Sie die Rolle der Ärzte während der Coronazeit?

E.H.: Mir wurde von vielen Seiten vorausgesagt: »Wenn du Corona bekommst, und das passiert definitiv, wirst du einen schweren Verlauf haben und auf der Intensivstation landen.« Ende 2021 hatte ich dann tatsächlich Corona und einen sehr leichten Verlauf. Es war wie eine Erkältung. Bei meiner 78-jährigen Mutter war es genauso. Natürlich gab es auch Menschen mit schweren Verläufen. Aber zahlreiche Fachleute haben schon früh gesagt, dass nur Vorerkrankte gefährdet sind. Das Problem ist, dass viele Ärzte in einem Hamsterrad gefangen sind: Sie vertrauen der Pharmaindustrie und Ärztekammer blind, sind nicht bereit, selbst nachzudenken und Fragen zu stellen.

DW: Wie beurteilen Sie die Rolle der Altmedien?

E.H.: Was sie abgeliefert haben, hätte ich niemals für möglich gehalten. Ich glaubte, wir leben in einer Demokratie. Mein Vertrauen in Ärzte und Medien hat stark gelitten.


DW: Sie haben Ende 2021 für die für Servus TV produzierte Reihe »Der Altaussee-Krimi« vor der Kamera gestanden. Es war also für Produzenten kein Problem, etwa aus versicherungstechnischen Gründen, mit Ungeimpften zu drehen?

E.H.: Ich habe aus mehreren Gesprächen erfahren, dass die Versicherungen von den Schauspielern keine Impfung verlangten. Es lag einzig an den Produzenten. Und die haben es einem besonders übel genommen, wenn man über die Impfskepsis auch noch öffentlich gesprochen hat.


DW: Woran machen Sie das fest?


E.H.: Während die Auftragslage bei mir und anderen, die den Mund aufmachten, nach wie vor mau ist, sagte mir meine Agentin, dass Ungeimpfte, die ihren Impfstatus nie öffentlich machten, wieder zunehmend mehr zu tun haben. Schauspieler wie ich werden jetzt noch diskriminiert. Wir stehen am Pranger und sollen offenbar ein abschreckendes Beispiel für andere sein:

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdInYndGyEYwI
Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 123 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 44 vom 17. April 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

Schaut genau hin, was mit jenen passiert, die ausscheren!

DW: Wie geht es nun mit Ihrer Karriere weiter?

E.H.: Ich habe einen Verlag gefunden, für den ich Hörbücher aufnehmen kann. Zudem hoffe ich, dass die Aufklärung voranschreitet, immer mehr Menschen aufwachen und merken, dass sie in vielen Dingen hinters Licht geführt werden. Spätestens dann sollte auch der eine oder andere Produzent verstehen, dass von Ungeimpften keine Gefahr ausgeht und das Gerede von Solidarität grober Unfug war. Was ich beobachte, deutet darauf hin, dass die Ungeimpften sogar die Gesünderen sind.

DW: Bereuen Sie Ihr Handeln aus heutiger Sicht?

E.H.: Nein, ich würde trotz aller Schwierigkeiten alles wieder genauso machen. Ich kann einfach nicht anders. Der Weg, den ich gegangen bin, war für mich definitiv der richtige. Dass nun immer mehr Impfschäden bekannt werden, bestätigt mich in meiner Entscheidung.



Eva Herzig in ihrer Rolle als Eva Merz mit Hary Prinz alias Chefermittler Sascha Bergmann in »Steirerwut« (2019). Foto: ORF/ARD

DW: Wer oder was hat Ihnen in der schwierigen Zeit geholfen?

E.H.: Die Natur. Ich gehe gerne in den Wald, dort kann ich auftanken. Zudem habe ich viel Zeit mit Freunden und Gleichgesinnten verbracht. Wir haben uns auch getroffen, als es nicht erlaubt war. Ich hatte also Menschen, mit denen ich reden und die ich umarmen konnte. Insofern ist es mir trotz allem gutgegangen.

DW: Wie sehen Sie die Aufarbeitung der Corona-Politik?

E.H.: Man kann nicht einfach sagen: »Jetzt ist wieder alles gut.« Was passiert ist, war menschenverachtend. Unser Kanzler Karl Nehammer sagt, er möchte den Ungeimpften die Hand reichen. Super, oder? (lacht) Wie wäre es, wenn wir erstmal darüber reden, was alles passiert ist? Eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschehnisse ist unerlässlich. Den verantwortlichen Politikern muss bewusst werden, was sie angerichtet haben. Ob daraus Konsequenzen für sie entstehen, wird man sehen. Ich bin keine Rachegöttin.

DW: Viele Menschen vermuten, dass hinter der »Pandemie« ein böser Plan – Stichwort *Great Reset* – steckt. Sie auch?

E.H.: Wer das Buch von Klaus Schwab gelesen hat, kann nicht abstreiten, dass es zur Realität viele Parallelen gibt. Ich denke, es hängt von uns Bürgern ab, in welche Richtung die Geschichte laufen wird. Je mehr Menschen sagen: Wir brauchen keine Anführer, die uns erzählen, was wir zu tun haben, desto weniger werden Pläne wie der

Great Reset am Ende aufgehen. Die Menschen müssen in die Eigenverantwortung kommen. Nur dann können wir die Welt zu einem besseren Ort machen.

DW: Die Politik griff massiv und ohne Evidenz in unsere Grundrechte ein. Was einmal möglich war, könnte sich künftig wiederholen, etwa bei einer erneuten »Pandemie« oder beim Thema Klimawandel. Sehen Sie diese Gefahr auch?

E.H.: Absolut. Aber nochmal: Es hängt nur von uns ab, von jedem Einzelnen. Wenn wir uns verweigern, können die Politiker so viele Gesetze und Erlässe machen, wie sie wollen. Wie heißt es so schön: »Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.« Es ist wichtig, dass wir unserem Verstand und unserem Herzen folgen.

DW: Was wäre mit Blick auf den Ukrainekrieg Ihr Appell an die Politik?

E.H.: Sofort Diplomaten entsenden, aber keine einzige Waffe mehr!

DW: Die Abschaffung des Bargelds schreitet voran. Es droht die Einführung einer digitalen Währung, womit der totalen Kontrolle und einem Social-Credit-System nach chinesischem Vorbild Tür und Tor geöffnet wären. Eine realistische Gefahr?

E.H.: Dasses geplant ist, ist deutlich zu sehen. Es wird viel mit unserer Bequemlichkeit

gespielt. Manche Leute lassen sich sogar schon freiwillig einen *Chip* implantieren, mit dem man bezahlen kann. Wir müssen regionaler denken, uns gegenseitig unterstützen – statt im Supermarkt besser beim nächsten Bauern einkaufen, den wir kennen, von dem wir wissen, wie er anbaut und wie er seine Tiere hält. Wir müssen achtsamer mit unserem Leben und dem anderer umgehen. Das ist nicht immer bequem, aber notwendig, um neue Wege zu beschreiten. Verharren wir weiter in unserer Bequemlichkeit, sind wir leicht manipulierbar.

DW: Was halten Sie vom Gendern und wie beurteilen Sie Wokeness-Diskussionen über Winnetou & Co?

E.H.: Das alles dient nur dazu, uns Menschen zu verwirren und zu entwurzeln, um uns noch leichter lenken zu können. Ich brauche das *Gendern* nicht, um mich als Frau angesprochen oder geehrt zu fühlen.

DW: Sie haben Anfang Februar FPÖ-TV ein Interview gegeben. Glauben Sie noch an das Parteiensystem?

E.H.: Nein! Ich brauche keine einzige Partei. Natürlich sind gewisse Strukturen vonnöten, damit wir Menschen zusammenleben können. Wie das konkret aussehen könnte, müsste man sehen, es geht nur über mehr Mitbestimmung des Volkes. Übrigens: Noch vor zwei, drei Jahren hätte ich der FPÖ sicher kein Interview gegeben – aus Angst davor, dass man mich ins rechte Eck stellen könnte. Heute sehe ich es differenzierter. Ich würde die FPÖ zwar nicht wählen, bin aber dankbar, dass sie in der Coronapolitik ein Gegengewicht dargestellt hat.

DW: Wie lautet Ihr Fazit aus den vergangenen drei Jahren?

E.H.: Wir leben in einer Scheinwelt. Das ist einerseits traurig, andererseits aber, wenn man es erkennt, ein großer Gewinn, weil man selbstbestimmter wird. Ich war schon immer ein sehr freiheitsliebender Mensch, aber mir war bis vor drei Jahren noch nicht bewusst, wie sehr wir gelenkt und gesteuert werden. Ich habe meinen eigenen Kompass entwickelt: Wenn es darum geht, etwas zu befürworten oder abzulehnen, frage ich mich: Ist es für oder gegen das Leben? Das macht die Sache für mich sehr einfach.

DW: Frau Herzig, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Menschen. Gemeinsame Leidenschaft, Dampf ablassen, emotionale Höhen und Tiefen gemeinsam durchleben, das verbindet viele Fans und wird durchaus auch vererbt. Das gilt auch für die Dauerkarte.

Über den Fussball kann jeder mitreden, wir haben ja 80 Millionen Bundestrainer. Fussball ist der einzige wahre Volkssport – weltweit. Wenn wir über Show und Entertainment reden, dann muss man feststellen, dass die Amerikaner die wahren Meister der Sportvermarktung, der Inszenierung, des Business sind.

Das Spektakel rund um den Super Bowl, das Finale im American Football, ist unerreich: »Keep the customer as long as possible in the Stadium« – halte den Kunden so lange wie möglich im Stadion. Es gibt kein Land auf der Welt, wo pro Kopf soviel Geld für Sportevents ausgegeben wird, wie in den USA. It is show time!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



VOM SCHEITERN DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE – Eine demokratische Tragödie
Friedemann Willemer
August von Goethe Literaturverlag
ISBN: 978-3837223552



AMI, IT'S TIME TO GO
Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas
Oskar Lafontaine
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894060



UMGEKEHRTER TOTALITARISMUS
Faktische Machtverhältnisse und ihre Auswirkungen auf unsere Demokratie
Sheldon S. Wolin
Westend-Verlag
ISBN: 9783864893483



MODERNE PROPAGANDA
Johannes Menath
Verlag Zeitgeist
IISBN: 978-3-943007428



DOPPELMORAL
Der Westen und die Ukraine
Kai Ambos
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894046



DAS KAPITALISMUSTRIBUNAL
Zur Revolution der ökonomischen Rechte
Haus Bartleby (Hg.)
Passagen-Verlag
ISBN: 978-3709202203



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen, Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 124 erscheint am Samstag 4. März 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin